

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telefon: Aml Norden, 5246. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Scheuditz, Augustastraße 8. — Redaktionsschluß: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Pettzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 16 Pfg. pro Zeile Beilagen nach Übereinkunft.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Schutzverbändlerische Auslegungskünste. Rundschau. Wirtschaftliche Monatsschau. Die Lage der Arbeiterklasse und der Arbeitswilligenschutz, II. Unbewußte Anerkennung. — **Allgemeines:** Zur »Nachlese« des Schutzverbandsorgans. Eine mißglückte Streikjustizaktion Brief aus Rußland. — **Der Lithograph** Köstliche Naivität. — **Der Steindrucker:** Die Arbeitsteilung im Steindruck. — **Die photomech. Fächer:** Aus den Sektionen: Köln (Chemigr.). — **Photogr. Mitarbeiter:** Einseitige Bestrebungen in unsern weiblichen Berufskreisen. — **Feuilleton:** Der Menschheit Sehnsucht. Vom Kunstwart und Dürerbund. Vom Büchertisch. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Zur Beachtung.

Deutschland: Hier sind doch immer ca. 750 Lithographen und Steindrucker arbeitslos. Jeder Zuzug von Lithographen und Steindruckern aus dem Auslande ist daher entschieden fernzuhalten.

Norwegen: Zu der Mitteilung von der Kündigung der Lithographen und Steindrucker wegen des Scheiterns der Verhandlungen zur Erneuerung des Tarifs (s. »Gr. Pr.« Nr. 11) ist heute nachzutragen, daß auf Grund neuerer Meldungen nach weiteren Verhandlungen doch noch eine Einigung mit den Unternehmern stattgefunden hat, sodaß der Tarif erneut wieder abgeschlossen wurde.

Spanien. In Barzelona ist ein größerer Kampf um die Bezahlung der Feiertage ausgebrochen, die von den Kollegen im ganzen Lande gefordert wurde. 200 Kollegen sind bereits ausständig, die übrigen stehen mit ihren Unternehmern noch in Verhandlungen. Die Unternehmer haben eine Erklärung erlassen, wonach sie keinen organisierten Arbeiter beschäftigen wollen. Zuzug nach Spanien ist fernzuhalten.

Internationales Sekretariat.

Photographen, Achtung!

Holland. Im Atelier »Prinze« in Amsterdam war ein Streik ausgebrochen, der nach einer Dauer von 8 Tagen durch eine 21stündige Verhandlung beigelegt wurde. Unsere Bruderorganisation, die den Kampf führte, erzielte einen vollen Erfolg. Die Organisation wurde von der Firma anerkannt und das alte Personal wieder eingestellt.

Zentralkommission der Photographen.

Schutzverbändlerische Auslegungskünste.

Wer an den verschiedenen Verhandlungen teilgenommen hat, die während des großen Kampfes im Lithographie- und Steindruckgewerbe zur Wiederherbeiführung des Friedens zwischen den Vertretern beider Parteien stattgefunden haben, wird sich erinnern, daß die Schutzverbandsleitung bei jeder Gelegenheit betonte, die *Gehilfenschaft könne zu ihren Erklärungen volles Vertrauen haben; was einmal anerkannt worden sei, werde unter allen Umständen auch gehalten werden.* Diese von Loyalität tiefenden Beteuerungen bildeten das Körnchen Salz, durch das die Schutzverbändler die dünne Brotschneide ihrer Zugeständnisse überhaupt erst genießbar machen wollten. Die Gehilfenvertreter konnten dadurch natürlich von ihrer aus den Erfahrungen, die sie von jeher mit Unternehmererklärungen zu machen Gelegenheit hatten, entspringenden Skepsis nicht geheilt werden. Daher suchten sie alles, was irgendwie für das spätere Verhältnis zwischen Gehilfenschaft und Unternehmertum und zwischen

den Organisationen beider Teile von Wert erschied, schriftlich zu fixieren. Sie glaubten an das Goethewort: »Nur was man schwarz auf weiß besitzt, kann man getrost nach Hause tragen.« Und sie konnten wirklich nicht vermuten, daß die Vertreter der andern Partei nicht nur ihre schmalzigen Beteuerungen nach dem Abbruch des Kampfes völlig in den Wind schlagen, sondern auch das Menschennögliche tun würden, um den Dichter ins Unrecht zu setzen und sein zitiertes Wort Lügen zu strafen. Wer aber jetzt die Auslegung der Vereinbarungen durch die Schutzverbändler beobachtet, wer sieht, wie für viele Schutzverbandsmitglieder die Abmachungen überhaupt nicht zu existieren scheinen, der muß den Leuten das Zeuonis ausstellen, daß sie ihr gegen den Dichter und sein Wort gerichtetes Vorhaben zu verwirklichen wissen. Wo sie nicht überhaupt auf die Vereinbarungen pfeifen, entwickeln sie, ohne daß ihnen ihre Verhandlungsteilnehmer dabei ernstlich auf die Finger sehen, eine Auslegungskunst, die nicht nur das Dichterwort, sondern auch den guten alten Spruch: »Ein Mann, ein Wort!« zum alten Eisen wirft.

Bei der Arbeitszeit fängt es an. War es schon in vielen Fällen schwer, manden Schutzverbändler unmittelbar nach Beendigung des Kampfes zur Anerkennung der 53 1/2 stündigen Arbeitswoche zu veranlassen, so versuchen zahlreiche Unternehmer trotz der Vereinbarungen besonders gegen alle Vergünstigungen beim Arbeitsbeginn und beim Arbeitsschluß, die in ihren Anstalten zum Teil seit Jahren bestanden, vorzugehen. Jedes Eintreffen während der bisher üblichen Einlaufzeit stellen gewisse Unternehmer als grobe Verstöße gegen die Ordnung hin, obwohl sie selbst sich damit gegen die durch die Vereinbarungen geschaffene Ordnung vergehen, die bezüglich der Einlaufzeit den bisherigen Zustand ausdrücklich anerkennt. Dasselbe gilt für die An- und Auskleide- und Wasdfristen. Besonders versucht man in vielen Fällen die letzteren zu beseitigen oder einzuschränken mit der Begründung, daß sich jetzt auf einmal Mißstände herausgebildet hätten, von denen man die ganzen Jahre vor dem Kampfe keine Ahnung hatte. — In erster Linie gilt natürlich, daß laut Vereinbarung der bisherige Zustand bestehen bleibt. Ist ein Unternehmer der Ansicht, daß sich dabei Mißstände einbürgerten, dann hat er sich bei den Instanzen zu beschweren, die allein zu entscheiden haben, ob seine Ansicht zutrifft oder nicht und die im ersten Falle über die Mittel zur Beseitigung der Mißstände zu befinden haben. Das wäre eine loyale Behandlung des Punktes Arbeitszeit.

Auch zur Anerkennung des erhöhten Mindestlohnes unmittelbar nach Beendigung des Kampfes konnten sich manche Schutzverbändler nur schwer entschließen. Hauptsächlich sucht man sich aber in vielen Fällen um die zugesicherte Erhöhung aller den örtlichen Mindestlohn bis zu 5 Mark übersteigenden Löhne zu drücken mit der Ausrede, daß es Sache des einzelnen Unternehmers sei, ob er Zulage geben wolle oder nicht, da der Vertrag zu nichts

verpflichte. Grade in dieser Beziehung überboten sich aber die Unternehmervereine bei den Verhandlungen in »beuhigenden Zusicherungen«. Sie erkannten die Teuerung ausdrücklich an, ohne daraus jedoch die Konsequenz der Gewährung einer allgemeinen Lohnzulage zu ziehen, die ihnen bei der gegenwärtigen Lage des Gewerbes angeblich nicht möglich sei, und sie verwahrten sich mit aller Entschiedenheit dagegen, daß ihre »wohlwollende Empfehlung« der Erhöhung aller den Mindestlohn bis zu 5 Mark übersteigenden Löhne eine Redensart sei. Immer wieder wurde betont, daß ihr Einfluß hinreichend, eine derartige Empfehlung auch zur Tat werden zu lassen; dabei wurden Lohnerhöhungen von 50 Pfg. ausdrücklich auch als unzureichend bezeichnet. Wenn trotzdem entweder gar keine oder derartige unzureichende Zulagen gewährt wurden, dann kann man nur annehmen, daß der Einfluß der Leitung auf die Mitglieder tatsächlich in dieser Beziehung für die Katze ist, wenn man nicht annehmen will, daß die Leitung selbst ihre »wohlwollenden Empfehlungen« nur als auf Dupierung berechnete Redensarten betrachtet hat.

Ob und wie man bei der Lehrlingseinstellung in diesen Tagen die vereinbarte Lehrlingsskala einhalten wird, muß abgewartet werden. Daß aber die Schutzverbandsleitung einen aufklärenden Artikel über die Berufslage, der in der Tagespresse einer Stadt erschien, in der sich kein einziges Schutzverbandsmitglied befindet, als Anlaß benutzen wollte, ihr Zugeständnis bezüglich der Lehrlingsfrage kurzerhand als aufgehoben zu betrachten, zeigt jedenfalls klar und deutlich, wie »ernst« der Schutzverband die Vereinbarungen nimmt und was von jener Seite bezüglich der zukünftigen Lehrlingszucht zu erwarten ist. Sobald die vereinbarte Lehrlingsskala überschritten wird, muß natürlich unsere Aufklärungsarbeit sofort mit neuer Intensität aufgenommen werden. Die wirksamsten Argumente geben uns die Unternehmer selbst, die in vielen Fällen an bisher von gelernten Gehilfen besetzte Plätze berufsfremde Leute oder Mädchen gestellt haben. Die Absolvierung einer ordnungsmäßigen Lehrzeit wird demnach in diesen Betrieben oder Betriebszweigen von den Unternehmern als überflüssig betrachtet, wobei sie gleich für ihre Auffassung durch die Einstellung berufsfremder Leute den Wahrheitsbeweis anzutreten versuchen. Sie benötigen also in diesen Betriebszweigen auch keine Lehrlinge! Diese Haltung gewisser Unternehmer wird uns beim etwaigen Bruch der Lehrlingsskala durch den Schutzverband ein wichtiges Mittel zur Aufklärung der breitesten Volkskreise sein. Ob dann noch die vom Schutzverbände ersehnten Lehrlingsmassen einem völlig aussichtslosen Berufe zuströmen und in's eigene Verderben rennen werden, wird nicht schwer zu entscheiden sein.

Vor allen Dingen setzte gleich nach Beendigung der Bewegung in vielen Betrieben die alte Überstundenschieberei mit neuer Kraft ein, sogar in solchen Anstalten, die angeblich alle Streikenden oder Ausgesperrten noch nicht

wieder einstellen konnten. In einzelnen Fällen wurde sogar den Kollegen, die die Überstundenschieberei unter Hinweis auf die noch nicht wieder eingestellten Gehilfen verweigerten, mit Entlassung gedroht. Das geschieht unter den Augen der Schutzverbandsleitung, die bei den Verhandlungen durch eines ihrer Mitglieder ausdrücklich erklären ließ: »Die Vorstandsmitglieder des Schutzverbandes stehen alle auf dem Standpunkt, daß regelmäßige Überstunden nicht statthaft sind, und sie werden jederzeit die Hand dazu bieten, in derartigen Fällen Remedur schaffen zu helfen.«

Von dem »Wohlwollen« und der »Kulanz« gewisser Schutzverbändler legt auch eine Erscheinung Zeugnis ab, die bei der Feiertagsbezahlung anlässlich des Bußtages in Sachsen zu beobachten war. Dort verlangten einige Anstalten, daß die Stunde, die am Tage vor dem in die Woche fallenden Feiertage weniger gearbeitet wird, nachzuarbeiten sei.

Noch viel »nobler« zeigt man sich bei der Auslegung der Bestimmung über die Extraentschädigung bei Bronzedruck. Die ältesten Kästen von Bronzermaschinen, die so fütterlich stauen, daß Fundament, Zahnräder usw. nicht mehr wie Eisen, sondern wie mit Grünspan durchsetzte Goldbronze aussehen, werden jetzt als »staubfrei« hingestellt. In einer Firma verweigerte man mit dieser Begründung die Extraentschädigung in demselben Augenblicke, als der Maschinenmeister und sein Personal in Anzügen herumhantierten, die über und über mit Goldstaub überzogen waren. Entschädigungen, die bisher anstandslos bezahlt wurden, möchte man jetzt am liebsten ganz entziehen. Diese schikanöse Kleinlichkeit oder kleinliche Schikane, in der manche Schutzverbändler Großes leisten, wird sogar gestützt durch die »großzügige« Schutzverbandsleitung, die entgegen dem klaren Wortlaut der Vereinbarungen den Standpunkt zur Geltung bringen möchte, daß alle Maschinen, selbst die ältesten Klapperkästen, staubfrei sind, und daß nur das Bronzieren mit der Hand extra zu entschädigen ist.

Auch mit dem Arbeitsnachweis wird genau wieder so Schindluder getrieben wie nach 1906, trotz der ausdrücklichen Zusicherung, ihn möglichst in erster Linie in Anspruch zu nehmen. Und diese Möglichkeit hat doch zweifellos jeder Prinzipal, sodaß er durch die Vereinbarungen ohne weiteres zur Inanspruchnahme des Arbeitsnachweises in erster Linie, d. h. also vor der Benutzung anderer Mittel für die Besetzung freier Stellen, moralisch verpflichtet erscheint. Trotz der in unsern Nachweisen sehr gut organisierten Besorgung von Arbeitskräften, trotz weitesther Berücksichtigung der Unternehmerwünsche pfeift man auch in diesem Punkte auf die in der Vereinbarung liegende moralische Verpflichtung, die erst ausschalten würde, wenn es sich um eine ganz besondere Spezialkraft handelt, oder wenn der Arbeitsnachweis die freie Stellung nicht in geeigneter Weise zu besetzen vermag. Erst dann dürfen bei voller Einhaltung der Vereinbarungen andere Mittel zur Arbeitersuche verwendet werden. Statt dessen provoziert man lieber den anderen Vertragskontrahenten nicht nur durch die Nichtbeachtung der Bestimmung über den Arbeitsnachweis und seine völlige Ignorierung, sondern auch durch versteckte NV-Inserate, durch die man den in den Vereinbarungen anerkannten Nachweis und damit auch die Vereinbarungen selbst hintergeht. Und das Schutzverbandsorgan gibt in seiner neuesten Nr. 7 ausdrücklich seinen Segen dazu!

Wie die Vereinbarungen selbst, so werden auch die »besonderen Beschlüsse zu den Vereinbarungen« von gewissen Schutzverbändlern in der willkürlichsten Weise ausgelegt oder direkt durchbrochen. Das trat schon gleich nach dem Abschluß des Kampfes besonders drastisch zu Tage bei der Deutung der Bestimmungen über die Wiederaufnahme der Arbeit.

Obwohl in diesen ausdrücklich festgelegt wurde, daß Maßregelungen nicht stattfinden dürfen, lassen viele Unternehmer ihrer kleinsten Rachsucht gegenüber den Vertrauensmännern die Zügel schießen. Man sucht sich um ihre Wiedereinstellung möglichst zu drücken, wobei man, um die Haltung gegenüber dem Vertrauensmann nicht als Maßregelung erscheinen zu lassen, um die fadenscheinigsten Gründe nicht verlegen ist. Obwohl von den übrigen Kollegen Überstunden verlangt werden, sollte in gewissen Betrieben ausgerechnet für den Vertrauensmann keine Arbeit da sein. In anderen Fällen sollte der Vertrauensmann für diese oder jene Arbeit nicht geeignet sein, und was dergleichen haltlose Ausflüchte mehr sind, die meist im Widerspruch zu der hohen Einschätzung der Leistungen stehen, deren sich viele gemäßregelte Vertrauensmänner vor dem Kampfe erfreuten. In manchen Fällen tritt man Maßregelungen einfach ab, obwohl alle drei oder vier Vertrauensmänner unter ganz nichtigen Einwänden von der Wiedereinstellung ausgeschlossen worden waren. Gerade diese kleinliche Rachsucht gegenüber dem offenen und ehrlichen Gegner im wirtschaftlichen Kampfe, der nichts anderes als seine Pflicht und Schuldigkeit tat, ist charakteristisch für die »vornehme Gesinnung und Denkweise« gewisser Schutzverbändler.

Bei der Beratung über die Wiederaufnahme der Arbeit wurde u. a. auch ausdrücklich zu Protokoll erklärt, daß die schwarzen Listen, also »die Sperren der gekündigten resp. ausständigen Gehilfen« aufgehoben werden. Trotzdem bestehen sie im Geheimen weiter, was durch zahlreiche Beispiele zu belegen ist. Hier ein Fall für viele: Ein Arbeitsvermittler schickte auf Verlangen zwei Drucker in eine Firma, und zwar noch nicht wieder eingestellte Ausgesperrte eines anderen Betriebs. Sie sollten auch engagiert werden; der betreffende Prinzipal wollte sich aber erst endgültig entscheiden, wenn er keine entgegenstehende Auskunft über die beiden Kollegen bekomme, denn er müsse sich jetzt immer erst über jeden Gehilfen bei dem anderen Prinzipal erkundigen. — Welche Rolle die Schutzverbandszentrale und ihr Generalsekretär bei der Aufrechterhaltung dieser geheimen Sperre spielt, hat Kollege Herbst erst in des vorigen Nummer der »Gr. Pr.« an einem kennzeichnenden Fall aktenmäßig nachgewiesen.

Der schlimmste Hohn auf die gesamten Vereinbarungen und eine frivole Brückierung des anderen Vertragskontrahenten leisten sich aber viele Schutzverbändler, indem sie die Wiedereinstellung der Gehilfen offen von dem Austritt aus der Organisation abhängig machen, obwohl in den Erklärungen zu Protokoll ausdrücklich festgelegt wurde, daß den Gehilfen wegen ihrer Organisationszugehörigkeit Schwierigkeiten nicht bereitet werden dürfen. Um sich selbst zu decken und als »loyale Prinzipale« zu erscheinen, verkriechen sich viele derartige Ignoranten dieser Protokollerklärung feige und erbärmlich hinter ihre Angestellten, die angeblich aus freien Stücken und ohne Wissen der Geschäftsleitung den einzustellenden Gehilfen den Austritt aus der Organisation zumuten. Durch derartige Verschleierungsversuche läßt sich aber der offensibare Wortbruch nicht verdecken. Ein Arbeiter, der sich derselben Mittel zur Werbung für die Organisation bedienen wollte, deren sich viele Unternehmer bedienen, um Arbeiter zum Verzicht auf ihr Koalitionsrecht zu veranlassen, würde schon längst auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung mit dem Strafgericht und mit den schwedischen Gardinen bekannt geworden sein. Aber die Verächter des Koalitionsrechts der Arbeiter in den Reihen der Unternehmer, die selbst für sich im vollsten Maße in Anspruch nehmen, was sie den Arbeitern wehren, läßt man laufen. Auf ein neueres Mittel zur Proletenzytanzüchtung, den Einkauf der Arbeiter in Sparkassen, werden wir nächstens noch näher zu sprechen kommen.

Dieser Auslegungskünste oder offensichtlichen Durchbrechungen der Vereinbarungen durch viele Schutzverbandsmitglieder zeigt sich die Schutzverbandsleitung bei der Erledigung von Beschwerden würdig, die in Massen gegen diese Vertragsverächter bei unserem Hauptvorstande eingehen, der zu ihrer Prüfung und Abstellung auf Grund der Bestimmung über die Regelung von Streitigkeiten stets mit der Schutzverbandszentrale in Verbindung tritt. Was ist aber zur Erledigung dieser vielen Beschwerden bis jetzt geschehen? Durch die eigenartige Praxis der Schutzverbandsleitung erfolgte bisher noch keine definitive Entscheidung. Die beschwerdeführenden Kollegen verlangen keine briefliche Gegenäußerung der beklagten Firmen, sondern ein Urteil der höchsten Instanz, also der beiden Zentralen. Und dieser gemeinsamen Urteilsfällung ging die Schutzverbandsleitung bis jetzt stets geflissentlich aus dem Wege! Tatsächlich kann man nicht gut den Teufel bei Beelzebub verklagen. Hier könnte nur durch die Einsetzung einer unparteiischen Instanz Wandel geschaffen werden, die die Beschwerden zu prüfen und Urteile zu fällen hat, denen sich beide Teile unterordnen müßten. Nur so kann den Vereinbarungen Geltung verschafft und den Schutzverbändlerischen Vertragsverächtern das Handwerk gelegt werden.

Das liegt aber wahrscheinlich gar nicht in der Absicht der Schutzverbandsleitung, wie ihre Ablehnung des Abschlusses eines Zentraltarifes lehrt. Dadurch macht sie sich zum Mitschuldigen an den Auslegungskünsten und Vertragsbrüchen vieler Schutzverbandsmitglieder und ihren Folgen. Denn wer Wind sät, wird Sturm ernten! Das sollte den Schutzverbändlern die kleinliche Nadelstichpolitik gelehrt haben, in der sie sich nach dem Kampfe von 1906 gefielen und die die gewaltige Erbitterung der Hilfenschaft erzeugte, die im letzten großen Kampfe zum Ausdruck kam. Die unsäglich kleinlichen Schikanen, in denen sich viele Schutzverbändler auch jetzt wieder gefallen, erhöhen natürlich keineswegs die Arbeitsfreudigkeit der Gehilfen, sie schaffen unter keinen Umständen die Beruhigung, deren das Gewerbe, wie grade von Unternehmerseite bei den letzten Verhandlungen stets betont wurde, dringend bedarf; im Gegenteil, sie schaffen neue maßlose Erbitterung, neuen Zündstoff, und wirken so direkt gemeingefährlich. Wir haben es für notwendig gehalten, der Katze die Schelle unzuhängen, um den frivolen Treibereien zu begegnen. Es wird sich zeigen, ob die bessere Einsicht im Schutzverband über die gewissenlose und gewerbeschädigende Verhetzung der Hilfenschaft durch die geschilderten Auslegungskünste gewisser Schutzverbändler den Sieg davon zu tragen vermag.

Rundschau.

Dem Lehrlingsfange soll offenbar in erster Linie eine Ausstellung von Lehrlingsarbeiten dienen, die der Verein der Lithographie- und Steindruckereibesitzer zu Dresden veranstaltet hat. Die Notiz, die das Schutzverbandsorgan in seiner Nummer vom 1. April darüber veröffentlicht, schließt mit der gewagten Behauptung: »Das Lithographie- und Steindruckergewerbe bietet begabten jungen Leuten eine gut auskömmliche und sichere Existenz.« Die in unserm Gewerbe herrschenden Lohnverhältnisse sowie die ständige Massenarbeitslosigkeit und die daraus für viele Jünger Senefelders entspringende Notwendigkeit, den in vier mühe- und opferreichen Lehrjahren erlernten Beruf an den Nagel zu hängen oder ins Ausland auszuwandern, kennzeichnen die Behauptung als ein sehr starkes Stück. Daß sie wie die Ausstellung nur auf Lehrlingsfang berechnet ist, zeigt der ihr unmittelbare folgende Hinweis: »Der Vereinsvorstand ... gibt Interessenten jederzeit gerne Aufschluß. Er übernimmt auch die Vermittlung von Lehrstellen.« Wir hielten es für notwendig, diese Irreführung des Publikums gebührend tiefer zu hängen.

Der »Korrespondent« des Buchdruckerverbandes antwortet in seiner Nr. 37 vom 31. März auf unsre in Nr. 12 der »Gr. Pr.« veröffentlichten kurzen Randbemerkungen zu seinem Bericht über den Verbandstag der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter mit einem Leitartikel, der die ganze erste Seite und fast eine halbe Spalte der zweiten Seite füllt. Wir verzichteten darauf, dem »Korr.« auf

dem durch den erwähnten Bericht eingeschlagenen Wege weiter zu folgen, da uns die Fortspinnung der dadurch ausgelösten Polemik weder klärend, noch grade in dieser Zeit zweckdienlich oder förderlich für die dabei in Betracht kommenden Probleme erscheint. Vielleicht bietet sich bald einmal eine andere Gelegenheit, auf anderem und zweckdienlicherem Wege zu einer Klärung der Differenzpunkte zu gelangen. Wir beschränken uns daher darauf, zunächst die Behauptung, unser Verband sei dem Buchdruckerverbände mit gewissen Unfreundlichkeiten zu nahe getreten, zurückzuweisen. In Dresden wurde eine ordnungsmäßige Verständigung über die Aufstellung des Kandidaten für Wiederwahl, nicht eine Neuwahl angestrebt. Ferner bemerken wir, daß die *Informierung* je eines Vertreters der übrigen Organisationen des graphischen Gewerbes auf dem Verbandstage der Buchdrucker über deren damals bevorstehende Tarifbewegung etwas ganz anderes ist wie die *Verständigung*, die der *Korr.* bezüglich unserer Bewegung verlangte. Wir wiederholen, daß wir es an *gleichartigen Informationen* zur gegebenen Zeit *nicht* fehlen lassen und daß vor den Tarifverhandlungen der Buchdrucker eine *Verständigung in dem Sinne, wie man sie von uns verlangte, nicht* erfolgt ist. Endlich bemerken wir, daß wir es gestrot dem Urteil der Öffentlichkeit überlassen können, wer eine *taktvolle Reserve* beobachtete und wer sich zu *Taktlosigkeiten* verleiten ließ. Unser Auffassung nach war nicht nur der Schluß des erwähnten *Korr.*-Berichts, den uns das Schutzverbandsorgan in seiner Nr. 6 schadenfreudig unter die Nase rieb, sondern auch der erwähnte Leitartikel nichts anderes als eine taktlose Unfreundlichkeit. Und damit überlassen wir es dem *Korr.*, die Polemik, von deren weiterer Verfolgung wir aus den schon genannten Gründen und aus faktischen Rücksichten Abstand nehmen müssen, weiterzuführen.

Aus den Handelskammerberichten 1911.
Frankfurt a. M. Der Umsatz im lithographischen Kunstgewerbe hat sich ungefähr auf vorjähriger Höhe gehalten. Um dies zu erreichen, waren aber außerordentliche Anstrengungen notwendig, vor allem auch eine Vermehrung der Verlagsnummern. Im allgemeinen wird mit immer mehr Erfolg daran gearbeitet, der deutschen Industrie den Weltmarkt zu verschließen. Jeder neue Handelsvertrag bringt neue Schwierigkeiten, und nur die intensive Ausnutzung aller errungenen technischen Vorteile in der Fabrikation macht es möglich, sich auf dem Weltmarkt zu behaupten. Der Geschäftsgang der Chromolithographie, Spielkarten- und Buntpapierfabrikation zeigte eine erhöhte Lebhaftigkeit, der Umsatz eine nicht unerhebliche Steigerung. Die Verkaufspreise konnten nicht erhöht werden, obwohl eine Steigerung mit Rücksicht auf die vermehrten Herstellungskosten notwendig gewesen wäre. Die Geschäftslage der Betriebe, die sich mit der Herstellung von Zigarrenpackungen befassen, war im allgemeinen nicht günstig. Die Branche hat die Wirkungen der Tabaksteuer noch nicht überwunden. Die Befürchtungen, die von den beteiligten Kreisen bei Einführung dieser Steuer geäußert worden sind, haben sich durch die Tatsachen als begründet erwiesen. Die *Ansichtskartenbranche* stand im Berichtsjahre wiederum im Zeichen einer ungünstigen Konjunktur. Da die einheimischen Firmen durch die hohen Einfuhrzölle in Amerika notgedrungen ihre Fabrikation auf das Inland beschränken mußten, griff neuerdings eine Überproduktion Platz, für die sich der inländische Markt als nicht aufnahmefähig genug erwies. — **Mainz.** Die allgemeine Geschäftslage ist wohl keinesfalls besser gewesen wie im Vorjahre. Die Löhne gehen immer weiter in die Höhe (?), die allgemeinen Handlungsunkosten, Reisespesen steigen ebenfalls fortwährend. Die Einkaufspreise der meisten Roh- und Hilfsstoffe neigen ebenfalls nach oben. Es hat sich in unserem Gewerbe stets noch als unmöglich erwiesen, irgendwelche Vereinbarungen über Verkaufspreise und Verkaufsbedingungen zu erzielen. Es ist dies auch bei den vielen Tausenden von Artikeln, welche in Frage kommen, kaum möglich. Auch die Fabrikationsbedingungen sind zu ungleich. Es wird wohl ein jeder Fabrikant nach und nach spüren, daß er heutzutage mit seiner seitherigen Kalkulation nicht mehr auskommt. Die sozialen Lasten, die von Jahr zu Jahr immer weiter wachsen, verschlingen einen so großen Teil des Nutzens, daß ein Ausgleich hierfür durch höhere Preisstellung gefunden werden muß. Unsere gesetzgebenden Körperschaften, in welchen hauptsächlich nur Theoretiker und Beamte zu Wort kommen, trafen von sozialpolitischer Betätigung auf Kosten der Arbeitgeber. (1) Eine jede Revision der Gewerbeordnung zeigt, daß wenig praktische Männer dabei mitwirken. Die Bestimmung der Höchstarbeitszeit der gewerblichen Arbeiterinnen hat in 1910 beinahe schon zu einem allgemeinen Ausstand der Steindruck- und Lithographen geführt, da letztere sich anfangs weigerten, den Ausfall am Sonnabend durch längere Arbeit an einem vorhergehenden Tag einzubringen. Das Versicherungsgesetz für Angestellte ist eine weitere allgemeine Belastung der Betriebe; ich glaube sagen zu können, daß die Durchführung dieses Gesetzes mit den größten Schwierigkeiten verbunden sein wird. (Hier folgt ein Rückblick auf den letzten großen Kampf; dazu wird bemerkt:) Die Firmen des lithographischen Gewerbes, welche für den

Export arbeiten, waren durch den Streik und die Aussperrung besonders hart getroffen, da es ihnen nicht möglich war, ihre Muster für 1912 zu richtiger Zeit fertig zu stellen. Jede Erneuerung eines Tarifvertrages bringt den Arbeitern Vorteile, aber leider ist es auch eine feststehende Tatsache, daß jede Erneuerung von Handelsverträgen unserem Gewerbe noch höhere Zollsätze in den Weg legt. Drohende Erhöhung der Produktionskosten auf der einen Seite, im Ausland drohende Verringerung des Absatzes, im Inland verminderte Kaufkraft durch eine ararischen Sonderinteressen untergeordnete Gesetzgebung und durch Verteuerung der Lebensmittel: das sind die wenig ermutigenden Aussichten der lithographischen Industrie für die nächsten Jahre.

Eine neue Handwerkerkonferenz soll noch in diesem Frühjahr im Reidsamt des Innern abgehalten werden. Die Verhandlung, deren genauer Zeitpunkt noch nicht feststeht, ist als Fortsetzung der ersten Handwerkerkonferenz anzusehen, die im April v. J. im Reichstagsgebäude stattfand. Gegenstände der Beratung sollen u. a. folgende Fragen sein: Abgrenzung von Fabrik und Handwerk; Heranziehung der Industrie zu den Kosten der Lehrlingsausbildung für das Handwerk; Aufhebung des § 100q der Gewerbeordnung, der den Innungen verbietet, ihren Mitgliedern in der Festsetzung der Preise ihrer Waren oder Leistungen oder in der Annahme ihrer Kunden Beschränkungen aufzuerlegen.

Wirtschaftliche Monatsschau.

Berlin, den 8. April 1912.

Die Jahresberichte der Banken: Fortwährende Geschäftsausdehnung. — Fortschritt des Elektromonopols: Die Kapitulation der Bergmannwerke vor Siemens & Halske; vor dem Trust

Die Jahresberichte der Großbanken sind, wie alljährlich im Februar und März, allmählich vollständig erschienen. Nach den Schlußergebnissen hat keines der neuen Rieseninstitute, die man gewöhnlich als die Großbanken im eigentlichen Sinne des Wortes herausgreift, 1911 gegen das durchaus günstige Vorjahr 1910 seine Dividenden herabzusetzen gebraucht. Die Berliner Handelsgesellschaft verteilt sogar 1/2 Proz. mehr an Dividende. Im ganzen erobert sich im Berichtsjahre 1911 für Grundkapital und Reserven, Bruttogewinn und Dividenden folgendes Bild:

Firma:	Aktienkapital	Reserven	Bruttogewinn inkl. Vortrag	Dividende in Proz.
	Millionen Mark			
Deutsche Bank	200	107,8	66,25	12 1/2
Dresdner Bank	200	61,9	40,19	8 1/2
(Berliner) Discontogesellschaft	200	82,03	37,03	10
Darmstädter Bank	160	32,0	24,36	6 1/2
Schaaffhausenscher Bankverein	145	34,2	20,78	7 1/2
Berliner Handelsgesellschaft	110	34,5	17,47	9 1/2
(Hamburger) Commerz- u. Diskontobank	85	13,2	13,54	6
Nationalbank	90	15,3	13,23	7
Mitteldeutsche Creditbank	60	8,66	8,45	6 1/2

Auch der verzeichnete Bruttogewinn war im vorangegangenen Jahre 1910 bei jeder der Banken kleiner (bei allen 9 Banken zusammen um 11,35 Millionen Mark). Der Gesamtumsatz betrug: bei der Deutschen Bank 126 Milliarden Mark (gegen 112 Milliarden im Vorjahre), bei der Dresdner Bank 91,15 Milliarden (gegen 84,14), bei der Discontogesellschaft 57,84 (gegen 53,32) Milliarden Mark, bei Schaaffhausen 24,42 (gegen 18,80) Milliarden Mark. Die Darmstädter Bank (Bank für Handel und Industrie, Vorsitzender des Aufsichtsrats Reichstagspräsident Dr. Kaempf) gibt an, daß sich ihr Gesamtumsatz um ungefähr 9600 Millionen vermehrt habe. Nicht viel anders haben sich die übrigen Banken gehalten und entwickelt. Die Deutsche Bank steigerte die Zahl ihrer Beamten von 5816 auf 6137, die Dresdner Bank von 4007 auf 4341, Schaaffhausen von 833 auf 996. Die Darmstädter Bank führt für Ende 1911 2678 Angestellte auf. Alles dies läßt nach wie vor den äußeren Anstrich glänzend erscheinen, und selbstverständlich ist niemand der Meinung, daß unser Finanzkapital sich bei der Verteilung des Gesamtverwertes aus den allervordersten Reihen irgendw e zurückgedrängt sehe. —

Vor knapp zwei Jahren flüchteten sich die Unternehmungen des Felten- und Guillaume-Lahmeyerkonzerns, die in Frankfurt a. M. und Mülheim a. Rh. ihren Sitz hatten, in den Machtbereich der großen allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft. Es war das alte Lied, das man schon hörte, als 1903 die Union-Elektrizitätsgesellschaft die schützenden Fittiche derselben A.E.-G. aufsuchte, und das abermals erklang, als etwa zur selben Zeit die mürbe gewordene Schuckertgesellschaft in Nürnberg Anlehnung und Anschluß an Siemens & Halske fand. Glänzende Aufschwungsjahre, rascheste, überstürzte Ausdehnung, dann verhältnismäßiger Stillstand und große finanzielle Verlegenheiten bei ruhigerem, normalerem Geschäftsgang, schließlich Kapitulation vor den, wenn nicht technisch, so doch kaufmännisch und finanzkapitalistisch viel besser ausgerüsteten Groß-

mächten der Elektroindustrie: dieses Bild wiederholte sich immer von neuem, so daß man sich allmählich an solche fortschreitenden Fusionen gewöhnte. Noch die Verschmelzung des Dynamowerkes in Frankfurt mit der Fabrikation elektrischer Kabel und Drähte in Mülheim (im Jahre 1905) hatte ziemliches Aufsehen erregt, weil man den »Zug der Zeit«, die umfassenden Betrieb zusammenschlüsse noch immer als etwas Fremdartiges empfand. Bei der abermaligen Fusion von 1910 tröstete man sich wenigstens noch damit, daß neben den beiden Monopolriesen immerhin eine wirksame Konkurrenz erhalten bleibe: die *Bergmann-Gesellschaft*. Heute, nach anderthalb Jahren, sieht selbst dieses letzte Außenbollwerk vor der Kapitulation, und wahrscheinlich wird die *Siemensfirma* diesmal die gewinnende Partei sein; es handelt sich im Grunde nur noch um die genauere Festsetzung der Übergabebedingungen.

Bis vor kurzem hatte die unterlegene Aktiengesellschaft noch die Führung in der Dividendenhöhe gegenüber allen großen Elektrizitätsunternehmen in Deutschland. Bis 1909 zahlte sie Dividenden bis 18 Proz., ihre Aktien standen einst 300 Prozent. Die Anlagen in Berlin und Rosenthal bei Berlin bezeichnete man in Fachkreisen als mustergeräbig; noch zuletzt stellte man die für die Bitterfelder Staatsbahnstrecke konstruierte elektrische Probelokomotive in bezug auf Einfachheit der Handhabung sogar über die Konstruktionen anderer Wettbewerber. Aber man scheint bei den beständigen Erweiterungen und Neuanlagen mehr und mehr das Augenmaß für den erhöhten Bedarf an Betriebskapital und finanziellen Hilfsmitteln aller Art verloren zu haben. 1909 errichtete man in Osterreich (Bodenbad) ein Filialwerk, das eine Million Mark kosten sollte und tatsächlich 3 bis 5 Millionen Mark zu verschlingen droht. Dann verließ man die reine Fabrikationsstätigkeit und beteiligte sich im August 1910 mit 5,9 Millionen Mark an der Errichtung eines Finanzinstitutes (Bergmann Elektrizitäts-Unternehmen, Grundkapital 12 Mill. Mark) für den Bau elektrischer Bahnen, städtischer und Überlandzentralen auf eigene oder fremde Rechnung, für den Erwerb von Konzessionen zur gewerblichen Ausnutzung der elektrischen Kraft, für den Erwerb oder die Finanzierung von auftragbringenden Unternehmungen aller Art. Ähnliches hatten die alten Riesenfirmen schon längst vorher getan; vielleicht geschah es bei Bergmann, im Vergleich zu dieser Konkurrenz, nur zu spät; aber jedenfalls war diese neue Anspannung der Kräfte ganz enorm, weil die Aktien einer solchen auftragerwerbenden Tochtergesellschaft naturgemäß zunächst zinslos bleiben. Abschreibungen und Rücklagen wurden sehr bald vernachlässigt, um die alte Dividendenhöhe und damit das Ansehen der Firma mühsam aufrechtzuerhalten. Dann mußte man sich trotzdem zu dem unwillkommenen Schritt entschließen und diesmal kündigten die Blätter eine »bestenfalls um mehrere Prozent niedrigere« Dividende an. Man hat in kurzer Zeitspanne für 20 Millionen Mark Obligationen aufgenommen und bedarf im Augenblick wiederum 20 Millionen für Schuldentilgung und Betriebsmittelvermehrung. Die Großbanken haben unter solchen Umständen ihre Hand zu rückgezogen, bis sich die Situation gründlicher geklärt habe. Möglicherweise entpuppt sich jetzt geradezu als Verhängnis, daß die Bergmannwerke sich, neben der Discontogesellschaft, lange Zeit vorwiegend auf die Deutsche Bank stützten, die ihrerseits mit den Siemens-Schuckertwerken so eng verbunden ist und nunmehr bei der Kreditperre in erster Linie steht. An die selbständige Ausgabe neuer Aktien oder neuer Obligationen ist geschah im Augenblicke nicht mehr zu denken. Die Lösung wird vielmehr sein, daß eine der beiden Riesenunternehmungen die Aktien übernimmt und damit ein kontrollierendes Übergewicht in der gesamten Leitung herstellt wird. Allgemein sieht man Siemens & Schuckert als den lahenden Erben an.

Damit wären wir dem Trustmonopol auf einem der bedeutendsten und zukunftsreichsten Produktionsgebiete mit einem plötzlichen Ruck näher gekommen. Denn zwischen der A. E.-G. und Siemens & Schuckert bestand schon seit langem in wichtigen Interessenfragen ein gemeinsames Operieren, dessen Folgen nur durch die Außenkonkurrenz, vor allem Bergmanns, gemildert wurden. Schwandete diese Abschwächung des Monopols, so werden nicht zum mindesten auch die Finanzen des Staates betroffen, der die Elektrisierung der Vollbahnen als nächste große Aufgabe vor sich sieht.

Nach Max Schippel.

Die Lage der Arbeiterklasse und der Arbeitswilligenschutzes.

II.

Wer hat den Nutzen?

Die Unternehmer sehen in der Durchführung eines möglichst reaktionären Arbeitswilligenschutzes ein wirksames Kampfmittel gegen die erfolgreiche Tätigkeit und gegen die zunehmende Werbekraft der Gewerkschaften. Sie arbeiten mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln auf ein Verbot des Streikpostenstehens und auf einen weitreichenden Schutz der Arbeitswilligen hin. Aber ihre reaktionären Absichten gehen noch bedeutend weiter. In der Generalversammlung des Bergbauin-

Vereins vom Jahre 1911 kamen auch die weitgehenden Wünsche der industriellen Scharfmacher zum Vorschein. Der Sekretär der Grubenkapitalisten machte zur Frage des Reichseingungsamtes folgende Ausführungen:

»Man wird es nicht als unbillig bezeichnen, wenn wir bei Einrichtung dieses Amtes, dessen Vorbild Exzellenz von Berlepsch in Australien gefunden hat, verlangen, das wenigstens auch die dort in Anwendung stehende gesetzliche Bestimmung auf unsere Verhältnisse übernommen wird, nach der jede Aufforderung zum Streik mit hoher Geldstrafe bzw. vieljähriger Gefängnisstrafe geahndet wird.«

Es genügt den Scharfmachern nicht, daß schon jetzt die Gerichte mit ausnahmesetzlicher Stärke vorgehen; es genügt ihnen die Absicht der Regierungen nicht, eine Revision des Koalitionsrechtes vorzunehmen. Denn mit dem Versuch einer arbeiterfeindlichen Revision des Koalitionsrechtes muß gerechnet werden, wenn auch Ablehnungen, die in der Wendung von der Sicherung des Koalitionsrechtes gipfeln, die reaktionären Absichten verschleiern sollen. Es genügt den Scharfmachern auch das Streben nach einem Verbot des Streikpostenstehens, nach einem reaktionären Arbeitswilligenschutze nicht. Der um bessere Lebensbedingungen ringenden Arbeiterschaft sollen alle selbständigen und freiheitlichen Regelungen, alle Maßnahmen zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen rücksichtslos verboten werden!

All die arbeiterfeindlichen Bestrebungen des Unternehmertums machen den Zweck eines verschärften gesetzlichen Arbeitswilligenschutzes offenbar. Den Unternehmern ist es nämlich darum zu tun, den Arbeitswilligen weitreichenden Schutz angedeihen zu lassen, es handelt sich für sie lediglich um den Schutz ihrer selbstsüchtigen Unternehmer- und Ausbeuterinteressen! Sie wollen ihren Ausbeuterprofit sichern. Sie wollen verhindern, daß die arbeitende Bevölkerung durch die Organisation immer mehr in die Lage versetzt wird, an der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zum Wohle des Volkes mitzuwirken.

So kommt der Arbeitswilligenschutz in erster Linie einem selbstsüchtigen Unternehmertum zugute, dem der Profit nie hoch genug, der Arbeiterlohn aber nicht gering genug sein kann. Sie, immer unzufrieden mit ihren jeweiligen Verhältnissen nach immer größeren Gewinnen trachtend, werden durch einen verschärften Arbeitswilligenschutz in ihrem unsozialen Verhalten den arbeitenden Klassen gegenüber bestärkt. Schwindsucht und Alkoholisierung und Not mögen auch weiterhin unter den ärmeren Volksschichten austräumen — doch Macht und Profit der Kapitalisten müssen ängstlich behütet und beschützt werden, als hinge einzig davon Volkswohlfahrt und Menschenglück ab. Aber gerade in dem Zustand, daß sich die besitzenden und bevorrechteten Klassen an der Arbeit der unbemittelten Volksklassen bereichern, ist die Ursache der traurigen und unsozialen Verhältnisse des Volkes zu suchen. So richtet sich der Arbeitswilligenschutz gegen die Träger des sozialen Fortschritts, die freien Gewerkschaften, schützt aber mit allem Nachdruck die schlimmsten Volkseinde.

Nun behaupten zwar die Arbeiterfeinde, daß die beabsichtigte Revision des Koalitionsrechtes eine Sicherung der Koalitions- und Arbeiterfreiheit herbeiführen soll; sie behaupten weiter, daß die Darstellungen der organisierten Arbeiter über die wahren Absichten falsch seien. Einsichtige und berufene bürgerliche Wissenschaftler und Sozialpolitiker haben sich aber dem abfälligen Urteil der Arbeiter angeschlossen. So schrieb der Prof. Dr. Zimmermann von der Berliner Universität in der *Sozialen Praxis* unter anderem:

»Daß eine derartige unternehmerfreundliche Revision des Koalitionsrechtes eine gedeihliche Reform desselben bedeuten wird, wie die sächsische Regierung in der amtlichen Leipziger Zeitung nachzuweisen sich bemüht; daß die Kommission, wie es da heißt, einen Ausbau des Koalitionsrechtes auch zu gunsten der Arbeiter nach völlig partiatischen Gesichtspunkten bringen wird, das können nach allen bisherigen Erfahrungen mit amtlichen Reformversuchen des Koalitions- und Gewerkschaftsrechts in Deutschland nur noch die naivsten Optimisten glauben.«

Aber nicht nur die profitsüchtigen Unternehmer haben den Nutzen vom Arbeitswilligenschutz, sondern auch gerade die fragwürdigsten Elemente der ärmeren Volksklassen selbst, die Arbeitswilligen. Allerdings, sollen einmal die schlimmsten Feinde des sozialen Fortschritts einen Vorteil von der gesetzlichen und ungesetzlichen Bekämpfung der proletarischen Selbsthilfe haben, dann müssen ihn neben den Unternehmern auch die Arbeitswilligen genießen! Denn Unternehmer und Arbeitswillige sind einig in der Erhaltung der schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen; sie sind einig in der Erhaltung der unsozialen Lage und der Not des arbeitenden Volkes.

Unter dem Schutz der Regierung und der Gerichte steht das Unternehmertum Hand in Hand mit den Arbeitswilligen, den wertvollsten Elementen der kapitalistischen Gesellschaft. Die Unternehmer verachten diese Elemente als den Abfall der unbemittelten Bevölkerung, gleichwohl scheuen sie weder Arbeit noch Kosten, um die ihnen wertvollen Arbeitswilligen zu sich heranzuziehen. Die fragwürdigsten und gemeingefährlichsten Menschen sind

den Unternehmern zur Durchsetzung ihrer unmoralischen und arbeiterfeindlichen Absichten gerade gut genug. Die zu Helfershelfern der Unternehmer Herabgesunkenen aber sind sich ihrer verräterischen Haltung wohl bewußt. Sie stützen die ihnen offen oder stillschweigend zugestandenen Befugnisse und Freiheiten rücksichtslos aus, provozieren die kämpfenden Klassengenossen, die sie mit voller Absicht einer tendenziösen Gerichtsbarkeit überantworten wollen und auch überantworten. Die gewalttätigen und verkommenen Schädlinge der Menschheit aber haben für alle ihre Taten nichts zu befürchten, fühlen sie sich doch geschützt als die wertvollsten Elemente der kapitalistischen Gesellschaft. Und so kommt es denn, daß neben den profitsüchtigen und brutalsten Kreisen des Unternehmertums auch die Elemente des größten Nutzen von einem weitgehenden Arbeitswilligenschutz haben, die wegen ihres nichtswürdigen Verhaltens am meisten verachtet werden, verachtet von allen Volksklassen, und die obendrein die größte Beachtung der Gerichte verdienen.

Eine arbeiterfeindliche Revision des Koalitionsrechtes und eine weitere Verschärfung des Arbeitswilligenschutzes kann darum nicht anders als demoralisierend wirken. Böswilligkeit und Eigennutz der rücksichtigen Unternehmer und Streikbrecher würden üppiger als je zuvor ins Kraut schießen. Der menschliche Wohlstand aber, Freiheit und Glück leiden weiterhin den denkbar größten Schaden.

Das Ziel der reaktionären Bestrebungen und Unternehmungen der kapitalistischen Gesellschaft, die Ausschaltung der Mitbestimmung der organisierten Arbeiterschaft, die Unterbindung der wirtschaftlichen Kämpfe und die endgültige Vernichtung der Gewerkschaften, wird nicht erreicht werden. Fest steht die freigeordnete Arbeiterschaft zu ihrer Sache, der sie nicht nur augenblicklicher Erfolge halber anhängt, sondern die zu Verteidigung ihrer heiligsten Pflicht ist, Pflicht gegen sich, gegen ihre Nachkommen, Pflicht gegenüber der Menschheit. Es ist der Gedanke an die schamlose Unterdrückung und Ausbeutung, der die Kämpfer einigt; es ist der Gedanke an die endliche Befreiung aus wirtschaftlicher und politischer Knechtschaft, der die Organisationen der Arbeiterschaft unüberwindbar macht. Schließlich werden von all den reaktionären Treibern die Kämpfer für Volkswohlfahrt und Freiheit der wirklichen und endgültigen Nutzen haben, denn die Werbekraft der Arbeiterbewegung erfährt da durch eine wertvolle Steigerung. fp.

Unbewusste Anerkennung.

Nichts erregt unsern Gegner heftiger als die *materialistische Weltanschauung* der Arbeiterbewegung. Verstehen sie doch darunter einen Verzicht auf alle Ideale. Noch kürzlich, bei den Debatten über die Jugendpflege im preussischen Abgeordnetenhaus, konnte man es hören, daß sie gerade deshalb über den Sozialismus zu siegen hoffen, weil dieser »in ödem Materialismus« darauf ausgehe, der Jugend alle Ideale aus dem Herzen zu reißen und ihr dafür die kalte Verneinung, den Haß und den Hohn einzupumpen.

Unzähligmal ist schon dargelegt worden, daß dies eine ganz falsche und verzerrte Vorstellung vom proletarischen Materialismus ist. Aber es ist verständlich, daß die Gegner von ihr nicht lassen; womit sollten sie sonst gegen die Arbeiterbewegung heizen? Um so wichtiger ist es, immer und immer wieder nachzuweisen, daß sie *nur in der Theorie* darauf schimpfen, in der *Praxis* aber, d. h. durch ihre *Taten*, fort und fort die Richtigkeit des proletarischen Materialismus anerkennen.

Die Grundanschauung des proletarischen Materialismus ist nämlich in kurzen Worten folgende: Wir glauben nicht, daß die Ideen, nach denen der Mensch handelt, ihm aus der Luft zugeflogen kommen, sondern daß sie in seinen wirtschaftlichen Bedürfnissen begründet sind. Ein sorgfältiges Studium der Geschichte hat uns gelehrt, daß die Menschen von jeher nötig hatten, auf Steigerung der Produktivität (Ergiebigkeit) ihrer Arbeit bedacht zu sein. Sie fanden bald heraus, daß die Arbeit um so produktiver wird, je mehr sie sie unter einander verteilen und je *planmäßiger* sie dabei zu Werke gehen. Aus dem materiellen Bedürfnis der Menschen also — nämlich aus dem Bedürfnis nach immer mehr Produkten — hat sich im Lauf der Jahrhunderte ergeben ein immer weiter gehender Zusammenschluß der Menschen und eine immer weiter gehende Planmäßigkeit ihrer Arbeit. Dieser Zusammenschluß und dieses Streben nach planmäßiger Gemeinschaftlichkeit der Arbeit sind entscheidend gewesen für die Geschichte der Völker wie für die Geschichte der Einzelnen. Folglich ist es im letzten Grunde das materielle Bedürfnis der Menschen, welches den Gang der Geschichte, die Art der Regierung usw. bestimmt.

Dies und nichts anderes ist der grundlegende Gedankengang des historischen Materialismus. Und wie richtig er ist, dafür zeugt, wie schon gesagt, die fortwährende unbewusste Anerkennung, die ihm seine Gegner durch die Tat zuteil werden lassen. Indes sie auf ihn schimpfen, handeln sie genau nach seiner Weisung. Hierfür ein Beispiel aus neuester Zeit.

Bekanntlich gibt es keine heftigeren Gegner des Sozialismus als die sogenannten Mittelständler. Sehr erklärlich, denn durch die Entwicklung zum Sozialis-

mus, d. h. durch den fortschreitenden Zusammenschluß und die fortschreitende Planmäßigkeit der Arbeit, geht die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Einzelnen mehr und mehr verloren. Die aber macht gerade das Wesen des Mittelstandes aus. Der Mittelständler fühlt sich also in seiner Existenz bedroht und zeigt so gerade durch seinen Haß, wie sehr seine Ideen und Gefühle durch seine wirtschaftlichen Bedürfnisse bestimmt sind. — Nun suchen bekanntlich alle bürgerlichen Parteien aus diesem Haß des Mittelständlers Vorteil zu ziehen. Jede verspricht ihm Schutz gegen den herandrängenden Sozialismus und hofft dadurch seine Wählerstimmen an sich zu ziehen. Das geht aber nun schon viele Jahre so, und nachdrager merken die denkenden Mittelständler selbst, daß ihnen all das Brimborium der bürgerlichen Parteien bisher nichts geholfen hat. So kommen sie denn allmählich auf den Gedanken, es anders zu versuchen, und in einem kleinen Berliner Vorortblatt verwiess kürzlich ein Detailist seine Klassengenossen auf den Weg der *Selbsthilfe*. Wie aber soll die aussehen? Wir wollen einige Zeilen wörtlich anführen:

»Da ist der einzelne machtlos. Was aber der einzelne nicht kann, das können *mehrere zusammen*. Sie können ihre kleineren Kapitalien zusammenlegen, gemeinsame Magazine, gemeinsame Lager halten; dadurch verringert sich das Lager jedes einzelnen, die Regie ist gemeinsam und dadurch kleiner für den einzelnen, und so kommen sie mit Naturnotwendigkeit auch zum gemeinsamen Einkauf. Anstatt daß der einzelne 5—10 Ballen Reis kauft, kaufen sie alle zusammen 20 Waggons, statt 5—10 Kisten Sardinen deren 1000, statt 5—10 Sack Mehl 50 Waggons, statt 1—10 Ballen Kaffee 100—150 Ballen. Sie haben dann allerdings geteilten Gewinn, aber auch geteiltes Risiko. Der einzelne fühlt sich nicht mehr allein, sondern als Teilnehmer eines großen, vielleicht eines Millionenunternehmens... An diese Organisation (Großverkaufsgenossenschaft) lassen sich Sparabteilungen angliedern, in die überschüssige Gelder der Mitgl. oder zu guten Zinsen eingelegt werden können. Daran könnte sich recht wohl eine Darlehnskasse reihen, die den kapitalsschwächeren Mitgliedern zugänglich gemacht werden könnte. Es könnten offene Buchforderungen und Fakturen durch die Genossenschaft belehnt und Außenstände der Mitglieder von Seiten der Genossenschaft übernommen werden. Auch die Reklame, die im modernen Geschäftsbetrieb immer unentbehrlicher wird, könnte gemeinsam nicht nur intensiver, sondern auch billiger gemacht werden...«

Niemand wird bestreiten, daß die Vorschläge dieses Detailisten sehr vernünftig sind. Nur erkennt der geschulte Leser eines Arbeiterblattes auf den ersten Blick, daß sie erstens nichts Neues enthalten, sondern nur eine Aufforderung zur Genossenschaftsbildung, wie sie anderwärts — z. B. auch von Arbeitern — schon seit Jahrzehnten betrieben wird; und daß sie zweitens *genau in die Richtung* weisen, die das Entsetzen der Mittelständler erregt, nämlich in die Richtung auf *Zusammenschluß* und *planmäßige Verteilung* der Arbeit! Also gerade das, was die Mittelständler vermeiden wollen und was sie dem Sozialismus zum Vorwurf machen, das wird ihnen hier aus ihren eigenen Reihen angeraten! Es gibt in der Tat keinen anderen Ausweg, das wirtschaftliche Bedürfnis zwingt sie in diesen Weg, wenn sie nicht ihre Existenz überhaupt verlieren wollen. Nur sollen sie nicht übersehen, daß sie auf diesem Wege ihre *Selbständigkeit* auf die Dauer nicht werden behaupten können. Im Gegenteil, schon der erste Schritt, schon der gemeinsame Einkauf bringt eine starke Einschränkung der Selbständigkeit. Sollen z. B. 1000 Sack Mehl gekauft werden, so kann der einzelne, der 5 oder 10 Sack nimmt, weder die Qualität noch den Lieferanten nach Belieben auswählen. Er muß dann zufrieden sein mit dem, was von oben her bestimmt wird. Wie lange wird es dauern, bis der ehemals freie und selbständige Händler zum bloßen Angestellten der Einkaufsgenossenschaft geworden ist?

Nun aber stelle man sich vor, unser Detailist habe Erfolg mit seiner Mahnung. Dann wird in absehbarer Zeit der freie und selbständige Detailistenstand überall verschwunden sein. Und dasselbe gilt für den ganzen Mittelstand, an den ja die Mahnung sich richtet. Es wird dann also ein jetzt noch wichtiges Glied unserer Gesellschaftsorganisation ausgeschaltet sein, die Struktur der Gesellschaft wird eine andere sein, eine Klasse, die jetzt noch vorhanden ist, wird fehlen. Mit anderen Worten: eine wichtige Veränderung wird eingetreten sein, ein wichtiger *geschichtlicher Vorgang* wird sich vollzogen haben. Denn das wird ja wohl kein Mittelständler leugnen wollen, daß der Untergang einer Klasse, die viele Jahrhunderte lang die bedeutendste war und das wirtschaftliche Leben recht eigentlich getragen hat — daß das ein wichtiger geschichtlicher Vorgang wäre, mindestens so wichtig wie irgend eine Schlacht.

Ist dem aber so, dann ist der wichtige geschichtliche Vorgang hervorgerufen durch die Idee des Zusammenschlusses. Diese Idee aber ist nicht aus der Luft geflogen, ist nicht zufällig aus dem Hirn eines Menschen geboren, sondern sie ist entstanden aus dem unabwiesbaren wirtschaftlichen Bedürfnis. Und so zeigen unsere Gegner durch ihre eigenen Taten, wie die Geschichte, d. h. das Werden der Menschheit abhängig ist von ihren materiellen, wirtschaftlichen Bedürfnissen. J. B.



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Zur „Nachlese“ des Schutzverbandsorgans.

Das »Deutsche Steindruckgewerbe« unternimmt in seiner Nr. 7 vom 1. April in einem »Die Nachlese des Kampfes« überschriebenen Artikel den fruchtlosen Versuch, die im höchsten Grade gewerbeshädigende, jede Sicherung des gewerblichen Friedens hintertreibende Haltung des Schutzverbandsausschusses zur Tariffangelegenheit vor Prinzipalen und Gehilfen zu rechtfertigen. **Auch vor den Gehilfen**, denn man hat in vielen Schutzverbandsbetrieben wieder einmal alle Kollegen mit der Aushändigung dieser Nummer des Schutzverbandsorgans beglückt. Da sie gespickt ist mit einer wüsten Hetze gegen die Gehilfenorganisation und ihre Funktionäre, ist der Zweck dieser Papierverschwendung leicht zu erraten. So wirkt der Schutzverband **nach dem Friedensschluß!**

Bei dieser Gelegenheit sei erinnert an die Töne höchster moralischer und sittlicher Entrüstung, die im Schutzverbandsorgan angeschlagen wurden, als unser Hauptvorstand **während des Kampfes** die Schutzverbandsmitglieder in objektivster Weise über die Ungültigkeit der terroristischen Sichtwechsel durch einige Zirkulare aufklärte. Es wird genügen, dieser **objektiven Aufklärungsarbeit unter den irreführenden Unternehmern in Kampfzeiten** diese Verbreitung des »Steindruckgewerbes« mit seinen **Tatsachenverdrehungen und Verhetzungsversuchen unter den Mitgliedern unserer Organisation in Friedenszeiten** gegenüberzustellen, um die damalige Entrüstung des Schutzverbandsorgans in bengalischer Beleuchtung zu zeigen. **Heuchelei und Pharisäertum!** Zu einer anderen Einschätzung jener Entrüstung kann man angesichts des heutigen Treibens derselben Leute, die unsre Aufklärungsarbeit im Kampfe nicht scharf genug verurteilen konnten, nicht kommen; die damals gegen uns gerichteten Anwürfe trafen uns nicht, fallen aber heute mit ganzer Wucht auf das offizielle Schutzverbändertum zurück.

Im Übrigen haben wir die Tariffkomödie des Schutzverbandes, deren Rechtfertigung, wie erwähnt, der Artikel »Die Nachlese des Kampfes« dienen soll, in Nr. 14 unseres Blattes klar gestellt und aktenmäßig nachgewiesen, **daß der Schutzverband den Abschluß eines Zentraltarifs unmöglich machte, daß er also die Sicherung des Friedens im Gewerbe wieder einmal hintertrieben hat, daß er durch die ständige Ansammlung neuen Zündstoffs ununterbrochen neue Entladungen vorbereitet; wir wiesen ferner nach, daß der Schutzverband der Friedensstörer im Gewerbe bleiben will, der er bisher gewesen ist.**

Diese Nachweise haben wir durch den Leitartikel der heutigen Nummer bekräftigt, durch den wir auf Grund eines reichen Materials über die Auslegungskünste gewisser Schutzverbänder und Vereinbarungsverächter gezeigt haben, wie notwendig es war, daß unsre Gauvertreterkonferenz den Eintritt in Tarifverhandlungen von der Erfüllung bestimmter Voraussetzungen abhängig machte, durch die alle wider Treu und Glauben verstoßenden Deutungen und Durchbrüche der Vereinbarungen unmöglich gemacht werden sollten.

Grade die Entrüstung über diese geltend gemachten Voraussetzungen, die als Vorwand für die schutzverbändlerische Ablehnung des Tarifs herhalten mußten, **obwohl ihre Erfüllung für ein wirklich gedeihliches Tarifverhältnis unbedingt notwendig gewesen wäre und für ganz selbstverständlich gehalten werden sollte**, zeigt die »Vertragsstreu« des Schutzverbandes im hellsten Licht! Solange der Schutzverband seine

Mitglieder nicht zur vollen Einhaltung der abgeschlossenen Vereinbarungen zu veranlassen vermag und solange er und seine Mitglieder sich nicht dazu aufschwingen können, alle organisationsfeindlichen, also gegen den andern Vereinbarungskontrahenten gerichteten Handlungen zu unterlassen, wie es in unserer Resolution als Voraussetzung für einen Tarifabschluß gefordert ist, solange ist der Schutzverband natürlich auch **nicht reif zum Tarifkontrahenten.**

Angesichts dieser Sachlage kann man es nur als einen verunglückten Aprilscherz betrachten, wenn das »Steindruckgewerbe« vom 1. April schreibt: »Das Prinzip der Verständigung dient in gleichem Maße den Interessen der Prinzipale und der Gehilfen. **Der Schutzverband hat dieses Prinzip von Anfang an aufrecht erhalten und wird sich auch in Zukunft daran halten.**«

Zur Illustrierung dieses Aprilscherzes braucht nur an das erste Auftreten des Schutzverbandes beim Kampfe im Jahre 1906 erinnert zu werden: damals war sein Ziel das **brutale Niederringen der Gehilfenschaft**, also alles andere, nur keine **Verständigung!** Im Gegenteil, er lehnte zunächst **jede** Verhandlung mit den Vertretern der Gehilfenschaft, geleitet von seinem maßlosen Machtkitzel, rundweg ab und mußte erst durch die Macht der Gehilfenorganisation nach langem Kampfe dazu **gezwungen** werden. Die Gehilfenorganisation hat ihn also erst zur besseren Einsicht und zur Beschreibung des Weges der Verständigung gebracht!

Und auch beim letzten Kampfe trug seine Haltung, besonders die ursprüngliche, später aufgegebene Zumutung mannigfacher Verschlechterungen und die anfängliche Ablehnung der Verhandlungen über die **gesamte Vorlage** wegen Nichtanerkennung dieser Verschlechterungszumutungen durch die Gehilfenvertreter zwar zu einer wesentlichen **Verschärfung des Kampfes**, aber bloß nicht zur **Förderung der Verständigung** bei. Im zweiten Teil unseres Leitartikels »Feststellungen und Vergleiche« in Nr. 11 der »Gr. Pr.« haben wir aktenmäßig nachgewiesen, daß der Schutzverband auch bei dem letzten Kampfe durch seine **vom Machtkitzel diktierte Haltung unannehmbare Zumutungen stellte**, die Verhandlungen **wochenlang verschleppte** und dadurch die **rechtzeitige Verständigung frivoll hintertrieb**. Zu dieser mußte er ebenfalls wieder erst durch das feste Ausharren der Kollegenschaft gezwungen werden.

Nach Beendigung des Kampfes glaubt er nun das Heft in den Händen zu haben und seinem geheuchelten Verständigungsstandpunkt entgegen seinem Machtkitzel fröhnen zu können, wie die Auslegungskünste und Durchbrüche der Vereinbarungen und die **Hintertriebung der tariflichen Verständigung** klar und deutlich lehrt. Dagegen muß sich die Kollegenschaft, die doch in ihrer Gesamtheit durch dieses Treiben in die unleidlichen Verhältnisse maßlosester Ausbeutung zurückgedrängt werden soll, durch festen Zusammenhalt in ihrer Organisation mit aller Entschiedenheit wehren.

Im Gegensatz zum Schutzverbände steht unsre Organisation auf dem **Boden der Verständigung**, die tatsächlich im gleichen Maße **den Interessen der Prinzipale und der Gehilfen dient**, und sie ist diesem Verständigungsstandpunkt auch stets gerecht geworden. Erst wenn der ihr gegenüberstehende Unternehmerverband jede Verständigung **hintertrieb**, wie es 1906 und 1911 durch den Schutzverband geschah, erst wenn die berechtigtesten und durch eine Fülle von Beweismaterial begründeten Forderungen **abgelehnt oder gar nicht verhandelt wurden**, wie es der Schutzverbandsvertretung bei den Verhandlungen vor Beginn des letzten Kampfes am 15. September 1911 beliebte, erst in diesem **äußersten Falle** also wurde zum **letzten Mittel**, zum Kampfe, gegriffen, um diesen berechtigten Forderungen Geltung zu verschaffen.

Trotz dieses stets bewiesenen Standpunktes der Verständigung und angesichts unserer genau formulierten und klar begründeten Forderungen schwätzt das »Steindruckgewerbe« **um Stimmung gegen die Gehilfenorganisation zu machen**, immer wieder von »Unsicherheit« und von »Politik« oder »Taktik des Umhertastens« im »gegnerrischen Lager«; wahrscheinlich hätte also der Gehilfenverband gleich dem Schutzverbände ohne Rücksicht auf das Gewerbe konsequent einen **vom brutalen Machtkitzel diktierten und jede Verständigung so lange als möglich hintertreibenden Gewaltstandpunkt einnehmen sollen**, um vom »Steindruckgewerbe« nicht der »Unsicherheit« und der »Taktik des Umhertastens« geziehen zu werden.

Aber das Blatt geht noch weiter, indem es gleich in der Einleitung schreibt: »Die von vornherein eingeschlagene falsche Taktik des nur »Kampfstandpunktes« hat sich als durchaus verfehlt erwiesen. Kein klares Ziel, das erreichbar schien, war vorhanden, sondern man wollte gewissermaßen die Marxistischen Lehren in die Tat umsetzen...« Dieser Satz ist kennzeichnend für die Begriffsverwirrung beim Unternehmerorgan oder für seine bewußte Verdrehung der Tatsachen, wenn man ihn nicht ebenfalls als einen verunglückten Aprilscherz betrachten will. Die ganze Haltung des Schutzverbandes und besonders wieder seine Tariffkomödie ist der störende Beweis, daß der Schutzverband »die falsche Taktik des »nur Kampfstandpunktes«, die sogar das Schutzverbandsorgan jetzt als **durchaus verfehlt** bezeichnet, weiter pflegen will, die ihn dazu verleitete, sowohl 1906 wie 1911 **jede rechtzeitige Verständigung zu hintertreiben**, so daß er allein für diese großen Kämpfe und ihre Folgen die Verantwortung trägt.

Er will also auch in Zukunft das Gewerbe, von dem er selbst versichert, daß es **der Ruhe bedürfe**, im Zustande **dauernder Beunruhigung** erhalten, im Gegensatz zum Senefelderbunde, der, wie seine Haltung in der Tariffangelegenheit lehrt, konsequent auf dem vorhin gezeichneten Boden der Verständigung steht. Hinter dieser das Interesse des Gewerbes berücksichtigenden Haltung wittert nun das Schutzverbandsorgan, »daß der Schutzverband in der Tarifffrage nur dazu benutzt werden sollte, der Organisation des Senefelderbundes indirekt eine Stütze zu sein.« Das schließt das Blatt aus dem berechtigten Verlangen unsrer Gauvertreterkonferenz, daß die Vereinbarungen strikt eingehalten und alle organisationsfeindlichen, also gegen den andern Vereinbarungskontrahenten gerichteten Handlungen unterlassen werden müßten, wie es in den Protokoll-erklärungen niedergelegt wurde. Aus der **Verurteilung des Wortbruchs und der Brüskierung des andern Vereinbarungskontrahenten** sowie aus dem **selbstverständlichen Verlangen nach strikter Einhaltung der Vereinbarungen** zu schlußfolgern, daß wir den Schutzverband als »Stütze« benutzen wollten, konnte nur das Schutzverbandsorgan fertig bringen. Diese Schlußfolgerung ist so grotesk, daß sie alle schon zitierten Aprilkalauer des »Steindruckgewerbes« bei weitem übertrifft.

Was sonst noch zu der famosen Gedanken-
equilibristik und den logischen Bocksprüngen in dem schutzverbändlerischen Aprilartikel zu sagen wäre, wurde bereits durch den Leitartikel der vorigen und dieser Nummer der »Gr. Pr.« geklärt. Die »mutige Ablehnung« der terroristischen Maßnahmen, durch die manche Kollegen zum Austritt aus dem Verbände gezwungen werden sollen, wird außerdem noch in anderem Zusammenhange bei passender Gelegenheit unter die Lupe zu nehmen sein. Um zu zeigen, in welcher Weise das Schutzverbandsorgan ferner noch gegen die Organisation und ihre Funktionäre Stimmung machen möchte, sei nur noch erwähnt, daß es die einzigen beiden in der »Gr. Pr.« veröffentlichten Meinungsäußerungen,

die von einer gewissen Mißstimmung gegen die Verbandsleitung handeln, wörtlich zitiert, während es die vielen Berichte und Meinungsäußerungen, die der Verbandsleitung vollstes Vertrauen ausdrücken, unterschlägt. Der Zweck dieser Übung ist klar.

Aber diese Stimmungsmache, die alle einsichtigen Gehilfen durchschauen, wird fruchtlos für die Pläne des Schutzverbandes bleiben. Grade seine Tarifkomödie hat wieder einmal den Schafspelz gelüftet, mit dem sich der Wolf zu maskieren versuchte. Und die Gehilfenschaft ist geschult genug, um zu verhindern, daß sie durch diese Anschläge gegen ihre Organisation der Ausbeutung und der Versklavung durch das schutzverbändlerische Unternehmertum in die Arme getrieben wird.

Eine mißglückte Streikjustizaktion.

Der Streik bei der Firma Weck Sohn in Solingen im Herbst 1911 hatte für den Kollegen Kalkder noch ein Nachspiel am Solinger Schöffengericht zur Folge, vor dem er sich wegen folgender Anklage verantworten sollte: Man hielt ihn für »hinreichend verdächtig«, 1. im Oktober und November 1911 durch Zusendung diverser Postkarten, Zeitungsausschnitte, Streikbrecherlieder den Christ. Gimborn aus Köln a. Rh. beleidigt zu haben; 2. im November 1911 und am 2. Dezember 1911 durch zwei selbständige Handlungen den Entschluß, den Gimborn widerrechtlich durch Bedrohung mit einem Vergehen zu einer Handlung zu nötigen, durch Handlungen betätigt zu haben, welche einen Anfang der Ausführung des beabsichtigten aber nicht vollendeten Vergehens der Nötigung enthalten; 3. am 2. Dezember 1911 den Gimborn öffentlich beleidigt und vorsätzlich körperlich mißhandelt zu haben.

Der Angeklagte sagte auf Befragen des Vorsitzenden aus: »Der ganze Streit zwischen Gimborn und mir entstand dadurch, daß mich Gimborn eines Tages mit einem Streikposten aufsuchte und sich dann verpflichtete, die Stellung bei der Firma Weck als Streikbrecher nicht anzutreten, wenn wir ihn unterstützen würden; er verlangte ein dementisprechendes Schriftstück. Dieses wurde bereitwillig angefertigt mit folgendem Inhalt: »Wir verpflichten uns, Herrn Gimborn eine Unterstützung von 17 Mk. und für jedes Kind 1 Mk. extra zu zahlen. Die Unterstützung kann von der Zahlstelle Köln (von wo der Kläger kam und wo er seinen Wohnsitz hatte) erhoben werden.« Dieses Schreiben nahm Kläger in Empfang und versprach auf Ehrenwort, sofort abzugeben. Trotz dieses Ehrenwortes fing aber Gimborn am andern Tage in genannter Firma an zu arbeiten. Daß nun meine Erregung groß war, ist leicht erklärlich. Hätte mir Gimborn bei seinem Besuch offen erklärt, er könne nicht anders, er müsse dort arbeiten, dann hätte ich ihm sicher nichts in den Weg gelegt. Aber mich erst aus der Arbeit holen zu lassen, ein Schriftstück zu verlangen, ein Ehrenwort abzugeben und diesem entgegen zu handeln war ein starkes Stück. Ich habe ein Ehrenwort doch für bindender und heiliger gehalten.« Die vielen Postkarten geschrieben und die Zeitungsausschnitte geschickt zu haben bestritt der Angeklagte; er erklärte, an G. nur eine Postkarte mit seiner Unterschrift geschickt zu haben. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob K. dem Kläger bei einer Unterredung gesagt habe, in Solingen gebe es Leute genug, die für 50 Pf. einen toschlügen, erklärte der Angeklagte, dieses könne nicht möglich sein; er könne nachweisen, daß er gerade beim Verhandeln seine Zunge zu zügeln wisse, und er lasse sich zu solchen Äußerungen nicht hinreißen. Der Vorsitzende führte sodann aus, K. solle sich der Nötigung schuldig gemacht haben, indem er gesagt habe: wenn Kläger nicht in den Verband einträte, schlug er ihm ein paar blaue Augen. Der Angeklagte bestritt auch dieses und bemerkte, er habe gerade das Gegenteil gesagt: so lange er in Solingen sei, würde G. nicht in den Verband aufgenommen. Und von der Arbeit hätte er den G. ebenfalls nicht abgehalten. Der Vorsitzende sagte dann weiter, am 2. Dezember solle K. den Kläger auf offener Straße mit Ausdrücken wie »Lump«, »Schweinehund, Sie gehören in den Dreckkasten!« beleidigt und außerdem vorsätzlich körperlich mißhandelt haben. Der Angeklagte erklärte dazu: »Ich habe den Kläger an diesem Tage nicht beleidigt, sondern ihn nur nochmals auf sein Tun hingewiesen. Gimborn wurde aber dann so herausfordernd, daß ich mich dazu hinreißen ließ, ihm eine Ohrfeige zu versetzen.«

Hierauf wurde der Kläger Gimborn unter Eid vernommen. Er kam aber nach kurzer Zeit so in Widersprüche, daß der Staatsanwalt selbst beantragte, die Beweisaufnahme zu schließen. Nach seiner Auffassung habe sich der Angeklagte nur der einfachen Körperverletzung schuldig gemacht, was K. auch selbst zugegeben habe. Er beantragte die niedrigste Geldstrafe von 3 Mark. In allen anderen Punkten beantragte er wegen Mangel an Beweisen Freisprechung. Der Gerichtshof schloß

sich diesem Antrage an und es bleibt demnach bei der Strafe von 3 Mark. Die Kosten soll zur Hälfte die Staatskasse und zur andern Hälfte der Angeklagte tragen. So endete die große Streikjustizaktion mit einem kläglichen Mißerfolge für den Kläger.

Brief aus Rußland.

Die deutsche Kollegenschaft wird es interessieren, einiges über die Verhältnisse in Rußland zu erfahren. Zuerst ist zu bemerken, daß die Organisationsverhältnisse hier bekanntlich noch sehr traurig sind. Immerhin versuchten von Zeit zu Zeit einige Kühne, sich auf diesem Gebiete zu betätigen; sie mußten jedoch ihre edlen Absichten in der Regel mit Geld- oder Freiheitsstrafen büßen. Von Moskau aus wurden jüngst erst wieder 2 Lithographen mit Zwangsansiedlung bestraft.

In bezug auf die professionellen Zeitschriften steht natürlich Petersburg an erster Stelle. Dort erscheinen folgende Blätter: Das allgemeinprofessionelle Journal »Arbeiter-Echo«; Nr. 7 konfisziert. Das Organ der Metallarbeiter »Unser Weg«; Nr. 14 konfisziert. Das Organ für die Interessen der Bucharbeiter »Druckarbeit« (Nr. 35, 36, 37 konfisziert), dessen Redakteur, Kollege Ossipow, für den Artikel »Was weiter« in der Nr. 35 mit 300 Rbl. Geldbuße resp. 2 Monaten Arrest bestraft wurde; da er die auferlegte Strafe nicht zahlen konnte, wurde er am 1. Dezember 1911 verhaftet. Das Organ der Schneider »Die Stimme des Schneiders«, Nr. 7 konfisziert; der Redakteur ist inzwischen arretiert worden und an Stelle des bisherigen Blattes wird ein neues Blatt, »Das Leben des Schneiders«, erscheinen. Das Organ der Bäcker und Konditoren. Das Organ der Lederarbeiter, Nr. 7 konfisziert. Das Organ der Textilarbeiter »Fabrikleben«, Nr. 6 konfisziert; der Redakteur wurde mit 300 Rbl. Geldbuße resp. 2 Monaten Arrest bestraft. Das Journal der Marmorarbeiter, Nr. 1 konfisziert. In Moskau erscheinen: Das allgemeinprofessionelle Journal »Unsere Zeit«. Das Organ der Kellner »Der Mensch«, Nr. 2 und 3 konfisziert. Das Organ der Weber »Die Stimme des Lebens«, Nr. 5 konfisziert. Das Organ der Köche »Der Kulinar«, Nr. 8 konfisziert. Auch seitens der Bucharbeiter ist der Versuch gemacht worden, ein Journal herauszugeben, aber der Redakteur wurde noch vor dem Erscheinen der ersten Nummer arretiert. Das allgemeine Journal wurde mit Nr. 8 sistiert. In Kiew erschien das Organ der Pharmazeuten »Das Leben der Pharmazeuten«; der Redakteur wurde 2 Tage nach der Ermordung Stolypins von einem Kosaken erschossen. In Odessa erscheint das Organ der Bucharbeiter »Der Odessaer Drucker«. In Jelisawetgrad erscheint das Journal »Die Arbeit«, das zweimal mit 500 Rbl. bestraft ist. In Baku erscheinen: das Organ der Handelsangestellten »Der Bakuer Kontorist« und das allgemeinprofessionelle Journal »Das gegenwärtige Leben«, Nr. 2 konfisziert, dessen Redakteur verschickt wurde. Auch im weiten Sibirien erscheint seit Dezember 1910 in Blagowestschensk das Organ der Handelsangestellten »Die Stimme des Kommis«. In Riga erscheint außer dem »Baltischen Bucharbeiter« in deutscher Sprache noch »Der Gewerkschaftler« in lettischer Sprache.

Hieraus ersieht man zur Genüge, daß den gewerkschaftlichen Bestrebungen alle möglichen Hindernisse im Wege stehen und die Angestellten vollständig der Willkür der Fabrikanten preisgegeben sind. Diesen Verhältnissen entsprechen natürlich auch die Arbeitsleistungen der russischen Kollegen. Um nun einigermaßen mit der ausländischen Fabrikation Schritt halten zu können, sehen sich viele Chefs veranlaßt, tüchtige Kräfte aus dem Auslande heranzuziehen. In dem Engagementsbriefe werden dann natürlich die weitestgehenden Versprechungen gemacht, aber in den seltensten Fällen eingelöst. Wenn nun solch ein herübergelodeter Arbeiter nach Rußland kommt, erlebt er die größten Enttäuschungen. Sobald er die russische Grenze passiert, wird er die unangenehme Bemerkung machen, daß das Leben viel teurer ist wie in Deutschland. Der Wert eines Rubels stellt sich gleich dem einer Mark, in Moskau, Petersburg etc. sogar noch niedriger. Seit der Revolution ist der Lebensunterhalt um das Doppelte teurer geworden und die Preise steigen von Jahr zu Jahr. Für ein möbliertes Zimmer im deutschen Sinne zahlt man in genannten Städten 30—40 Rbl. ohne Bett und Bedienung. Bettwäsche etc. muß jeder selbst kaufen, was eine Auslage von ca. 100 Rbl. ausmacht. Fleisch etc. ist nicht sehr teuer; da aber die Russen faul und unsauber sind, muß man für ein appetitliches Mittagmahl schon 80 Kop. bis 1 Rbl. auslegen. Die Russen verstehen auch meisterhaft andere zu übervorteilen. Das Trinkgelderwesen ist geradezu umheimlich. Nicht zuletzt wird der Aufenthalt durch die traurigen sanitären Verhältnisse erschwert. Städte mit über 100000 Einwohnern ohne Wasserleitung, Kanalisation und mit ungepflasterten Straßen sind keine Seltenheit. Unter diesen Umständen ist es nur zu natürlich, daß ein Fremder nicht für ein Ei und Butterbrot eine Stelle in Rußland annehmen kann. Daher erklärt es sich auch, daß von ihm die doppelten, ja drei- und vierfachen Arbeitsleistungen verlangt werden wie von seinem russischen Kollegen. Ein mittelmäßiger oder gar schwacher Arbeiter sollte es sich daher doppelt überlegen, ehe er eine Stellung nach Rußland annimmt.

Vorstehende Zeilen haben den Zweck, die Kollegenschaft aufzuklären und Unwissende vor einem Reinfalle, wie ihn schon viele erlebt haben, zu schützen.

L. B., R.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler. Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

Köstliche Naivität.

Die Steindruckereibesitzer in Saalfeld an der Saale »hellem« Strande haben schon manche Tat vollbracht, die andernorts selbst bei Unternehmern ein Kopfschütteln erregte. Was diese guten Leute im Saalfelder Kreisblatt an Absonderlichkeiten schon veröffentlicht haben, das geht sogar im »Brummochsenviertel« (in der Kundensprache ein Teil Thüringens) auf keine »Kuhhaue«.

Ihre neueste Leistung ist ein absonderliches Inserat, das sie in der Konfirmations-Woche 1912 — Sachsen-Meiningen ist darin in Deutschland voran! — in der Konfirmations-Dank-Nummer des Kreisblattes vom Stapel gelassen haben. Das Inserat lautet: »Anfrage an die Steindruckereibesitzer. Warum werden junge Mädchen nicht als Lehrlinge für die Lithographie angenommen? Das weibliche Geschlecht ist doch heute gezwungen, einen bestimmten Beruf zu ergreifen, und dieser wäre doch ein Lebensberuf im Gegensatz zu einer Verkäuferin, Schreibmaschinenmädchen usw. Der Annahme steht doch nichts entgegen. Ein Familienvater.« Köstlich! Dieser »Ein-Familienvater« ist wohl in der »Einfamilie« der Steindruckereibesitzer zu suchen und zu finden?

Neues bringt dieser »Anfragende« aber nicht. Diese Steindruckereibesitzer, die sich dieses Jahr in Saalfeld in ihrem »Einfamilien-Wohnhaus« (Villa) als Rentiers zur Ruhe gesetzt haben, hatten auch schon diese großartige »Idee« gehabt: Mädchen in der Lithographie einzustellen und auszubilden. Der leitende, »leidende« und antreibende Bruder mußte diesen Vorschlag dem damaligen Oberlithographen machen.

Die Idee der lithographischen Arbeitsmädchen war, wie dieser sogenannte fachmännische Bruder aussagte, in den Hirnen seiner kaufmännischen Brüder entstanden. Den Anstoß dazu hatte die Wahrnehmung gegeben, daß die jungen Lithographen nach vierjähriger Lehrzeit nicht für 10 Mk. Wochenlohn bei ihrem »Lehrherrn« bleiben mochten.

Man sagte dem Oberlithographen, daß die Lithographinnen nach ihrer Auslehre 6 bis 8 Mk. (sechs bis acht Mark!) Wochenlohn erhalten sollten. Viele Mädchen würden sich bei solchem Lohne zu Lithographinnen ausbilden lassen. Jener Oberlithograph sagte aber diesem »Fachmanne« gehörig die Meinung, obwohl er wußte, daß dieser Mann nur im Auftrage seiner kaufmännischen »Brüderlichkeiten« handelte. Die Ausbeutung von Lithographie-Arbeitsmädchen ist daraufhin bis heute unterblieben.

Nun taucht diese »Idee« von neuem in jenen kaufmännischen Hirnen auf. Man erhält eben, obwohl es genug männliche Lithographen, gibt — sogar solche, die im Zeichnen die Zensur 4 (vier) hatten, wurden als lithographische Arbeitsburschen angenommen! — von auswärtigen Lithographen nicht billig genug! Man möchte in der Lithographie eine ähnliche »Heimindustrie« einrichten, wie sie in Sonneberg in der Spielwarenindustrie vorhanden ist.

Die Lithographen können aus dieser naiven Anfrage im Saalfelder Kreisblatt wieder einmal ersehen, wie hoch ihr Beruf bei ihren »lieben« Chefs eingeschätzt wird. Sie werden darum auch treu zum Verbands halten!

Der Steindruck.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

Die Arbeitsteilung im Steindruck.

Das typischste Merkmal des kapitalistischen Produktionsprozesses ist eine weitgehende Differenzierung der Arbeitsleistung. Wie vielseitig mußte noch ein mittelalterlicher Handwerksgele sein! Er mußte in stande sein, ein Arbeitsprodukt vom ersten bis zum letzten Handgriff fertigzustellen. Keine Maschine leistete ihm Beihilfe, ebensowenig wie der damalige Arbeitsprozeß Spezial- oder gar Talarbeiter kannte. Der Schreinergele mußte ohne weiteres die Befähigung besitzen, ein beliebiges Stück Möbel von der Zurichtung des Rohmaterials an bis zur letzten Handreichung fertigzustellen. Wie ist das doch ganz anders geworden!

Wenn im Zunfzeitalter das Können eines Handwerksgelesen eine gewisse Universalität besitzen mußte, dann konnte das nur möglich sein, weil die Preisfrage noch keine so ausschlaggebende Bedeutung besaß, wie zur heutigen Zeit. Gute Arbeit wurde zu jener Zeit noch entsprechend bezahlt. Waren doch die einzelnen Wirtschaftsgebiete noch sehr eng beschränkt. Die Konkurrenz konnte infolgedessen so gut wie ganz ausgeschlossen werden. Nirgends brauchte die Konkurrenzfähigkeit durch niedrige Preise aufrecht erhalten zu werden. Die Qualität der Arbeit entschied zu jener Zeit allein

über die Erlangung von Aufträgen. Diese Verhältnisse wandelten sich total, nachdem die engen Wirtschaftsgebiete der Stadt und gewisser landwirtschaftlicher Einheiten gesprengt wurden. Die Entdeckung Amerikas, die Auffindung neuer und die damit verbundene Verlegung aller Handelswege formte die wirtschaftlichen Zustände des Mittelalters vollständig um. Der Warenhandel nahm immer größere Dimensionen an. Die kleinen Werkstätten der Zunfthandwerker konnten bei weitem den entstandenen Bedarf an Austauschartikeln nicht mehr decken. Zudem entschied nunmehr, bei ausgedehnteren Handelsbeziehungen, nicht lediglich die Qualität der Waren, sondern es mußte auf möglichst Billigkeit gesehen werden. Es machten sich Bestrebungen geltend, die Warenpreise herabzudrücken.

Diese Entwicklung können wir beobachten vor allem in dem England zur Zeit der großen Entdeckungen. Der Handel der englischen Kaufherren nahm durch die neuentdeckten Handelsgebiete plötzlich ungeheuren Umfang an. Während sie bestrebt waren, möglichst viel Produkte auf den Markt zu bringen, mußten sie gleichzeitig danach trachten, die spanisch-portugiesische Konkurrenz zu paralysieren. Sie wurden plötzlich vor die Notwendigkeit gestellt, den Produktionsprozeß der Austauschgüter auf ganz neuen Grundlagen zu errichten. Sie errichteten Manufakturen. In diesen wurden eine ganze Anzahl ehemaliger Zunfthandwerker und Gesellen zusammengezogen. Sie mußten gemeinsam produzieren, aber zugleich trat eine tiefgehende Neuerung ein. Die einzelnen Handreichungen wurden auseinandergezogen, der Arbeitsprozeß wurde differenziert, d. h. zerlegt. Die Arbeitsteilung war nunmehr auch innerhalb der einzelnen Gewerbszweige eingetreten, nachdem sie gesellschaftlich schon seit Jahrtausenden durchgeführt war.

Die Arbeitsteilung hat den Zweck, den einzelnen Arbeiter nach Möglichkeit zu spezialisieren. Er braucht nun im Gegenteil zum Handwerksgehilfen nur noch wenige Handgriffe zu verrichten. Der Arbeiter wird dabei eine ganz besondere Fertigkeit erlangen und einen guten Teil der ehemals notwendigen Arbeitszeit ersparen. Geschieht diese Teilung der Arbeit an vielen Stellen des Produktionsprozesses, so wird damit ein umso größerer Teil an Arbeitskraft, an Produktionskosten, erspart. Durch diese Vereinfachung der Arbeitsleistung aber wird der Unternehmer auf den Gedanken gebracht, die vereinfachten Handgriffe von billigeren ungelerten Arbeitern verrichten zu lassen. Ferner wird durch immer weiter gehende Teilung der Arbeit die Entwicklung von Arbeitsmaschinen nicht wenig gefördert. Was Wunder, wenn der Unternehmer den Arbeitsprozeß immer mehr zu zerlegen sucht! Kann er doch damit ohne Zweifel auf eine Erhöhung seines Profits und außerdem auf stärkere Konkurrenzfähigkeit mit Bestimmtheit rechnen. Die Unternehmer haben denn auch diese Profitquelle gehörig ausbeutet. Oftmals hat man auf diesem Wege die Rentabilität des Betriebs nicht unbeträchtlich gesteigert.

Diese Möglichkeit, die Gewinne zu erhöhen, haben natürlich auch unsere Unternehmer erkannt und gehörig ausgenutzt. Auch innerhalb unseres Berufes hat eine weitgehende Arbeitsteilung Platz gegriffen. Weniger in der Lithographie, als umso mehr in der Steindruckerei. Während wir noch vor einigen Jahrzehnten einen großen Teil Steindrucker hatten, die in gleicher Weise alle Teile des Berufes beherrschten, wird es heute nur noch recht wenige solcher »Universalgelbes« geben. Schon in der Lehrzeit muß sich jetzt der weitaus größte Teil der jungen Kollegen notgedrungen auf eine bestimmte Spezialität festlegen lassen. Die Lehrlinge werden von den Unternehmern oder ihren Stellvertretern einem bestimmten Teile des Betriebes zugewiesen. Kommen sie dann wirklich noch in andere Abteilungen, dann ist das in den weitaus meisten Fällen lediglich Formsache. Als Spezialisten gehen die Lehrlinge gegenwärtig fast immer aus ihrer »Lehrbude« heraus. Mögen sie wollen oder nicht!

Wie sieht es denn heute in einem graphischen Kunststempel aus? Früher stellte der Steindruck drei Haupttypen von gelernten Arbeitern dar: Andruker, Umdruker und Maschinenmeister. Wenn ein Kollege schon nicht alle drei Gebiete beherrschte, so war er doch auf dem einen und dem andern firm. Heute aber beherrschen die weitaus meisten Kollegen nicht einmal eine Sparte vollständig. Daran haben natürlich die Kollegen selbst sehr wenig Schuld. Sie werden durch die gegenwärtige Organisation der Betriebe zu solchen Spezialisten gemacht. Am schlimmsten tritt das freilich in Erscheinung in der Umdruckerei. Der Maschinendruck läßt sich nicht gut weiter auseinanderreißen. Der Andruck ist so wieso schon auf die eine Spezialität beschränkt. Um so mehr tritt die Zerlegung aber im Umdruck hervor. Er wurde im Laufe der Zeit in nicht weniger als sechs Spezialgruppen, wenn man die Pantographen mit einberechnet, zerlegt. In jedem größeren Betriebe mindestens finden wir eine solche Gruppierung ausgeprägt. In diesen Betrieben werden die Kollegen schon nicht mehr schlechthin als Umdruker engagiert, sondern fast immer als Spezialarbeiter der einzelnen Gruppen. Entweder als Abzugmacher, als Aufstecher, als Überzieher von Maschinenumdrucken, als Fertigmacher, oder als Originalumdrucker und Pantographen. In sechs verschiedenen Teilen also ist der Umdruck bereits zer-

fallen. Dabei mag in einzelnen Betrieben die Arbeitsweise noch mehr spezialisiert sein. Sehen wir doch bereits in der Fertigmacherei wieder eine ganze Anzahl Spezialgruppen entstehen. Der eine Kollege macht nur noch Zinkplatten für Rotationsmaschinen fertig, während andere wieder für Merkantil- oder Chromarbeiten besonders eingerichtet sind. Soll also gegenwärtig in einem modern eingerichteten Betriebe eine Arbeit in die Maschine gehen, so muß sie, wenn eine Reduktion und damit verbunden ein Originalumdruck vorgesehen ist, durch sechs Hände gehen. Sechs Kollegen müssen ihren Teil dazu beitragen, um eine Arbeit maschinendruckfähig zu machen. Rechnet man zu diesen sechs Spezialgruppen noch Andruck, Fortdruck und Maschinenruck, so sieht man den Steindruck in nicht weniger als neun einzelne Teile zerfallen. Dabei ist der Maschinenruck immer noch als etwas einheitliches betrachtet. Aber grade hier sehen wir, wie sich neuerdings wieder eine Spezialität abspaltet. Die Rotationsmaschinenmeister trennen sich von den Flachdruckmaschinenmeistern. Es haben sich also zehn Spezialgruppen innerhalb des modernen Steindruckbetriebs herausgebildet. Der Arbeitsprozeß hat eine eingehende Spezialisierung erfahren.

Diese Umwandlung bringt nicht geringe Gefahren für den Beruf mit sich. Ist doch der Zweck der ganzen Übung lediglich der, die Produktion zu verbilligen, d. h. Arbeitskraft zu sparen, den Arbeitslohn herabzudrücken, sowie die Arbeitsweise intensiver zu gestalten. An sich ist natürlich gegen eine Verbesserung der Technik und der Arbeitsmethoden nichts einzuwenden. Es muß nur darauf geachtet werden, daß der Arbeiter nicht gar zu schlecht dabei wegkommt. Es ist zunächst zu bedenken, daß dem Spezialarbeiter das Fortkommen immer schwieriger gemacht wird. Wenn ein Kollege vielleicht jahrzehntlang immer nur eine bestimmte Tätigkeit verrichtet, so wird er notwendigerweise auf anderen Gebieten seines Faches infolge der Spezialisierung weniger leistungsfähig sein. Er wird bei einem Wechsel der Stellung versuchen müssen, wieder einen Spezialposten zu bekommen. Hat er wenig Glück dabei, so wird er auf längere Arbeitslosigkeit rechnen müssen. Er kann sich nicht mehr so frei im Berufe bewegen wie ehemals. Der Unternehmer wird aber nunmehr auch versuchen, einzelne Spezialarbeiten von ungelerten, infolgedessen billigeren Arbeitskräften verrichten zu lassen. Erst bei der vergangenen Bewegung haben wir wieder beobachten können, wie Unternehmer an Stelle der Aufstecher weibliches Personal einstellten. Sie werden zweifellos nicht so schnell wieder von diesen billigen Arbeitskräften lassen wollen.

Der Hauptnachteil von allen ist aber, daß durch die oben bezeichnete Spezialisierung eine immer größer werdende Verschiedenheit der Arbeitslöhne Platz greifen wird. Einzelne Spezialarbeiter werden hohe Löhne bekommen, dafür werden andere Kollegen sich mit umso niedrigeren Löhnen begnügen müssen. Ja, ganze Gruppen, beispielsweise die Maschinenmeister, bekommen relativ hohe Löhne, während andere Abteilungen in der Umdruckerei recht schlecht dabei wegkommen. Diese Tatsache ist ein nicht zu unterschätzender Nachteil. Leicht zu ersetzende Abteilungen werden nicht über einen bestimmten Durchschnittslohn hinaus kommen, wohingegen Spezialgruppen ganz ansehnliche Löhne erzielen. Diese Verschiedenheit in den Lohnskalen erschwert eine vertragliche Festsetzung von Mindestlöhnen nach dem ersten Gehilfenjahr immer mehr. Die Unternehmer werden immer mit einzelnen hohen Löhnen zu prunken versuchen und dabei die niedrigen Löhne nicht erhöhen wollen.

Aus alledem können wir ersehen, daß die Unternehmer mit dem Prinzip der Arbeitsteilung noch immer denselben Zweck verfolgen, wie vor mehreren hundert Jahren. Sie wollen versuchen, die Preise der Waren herabzudrücken dadurch, daß sie die Arbeitskraft verbilligen und die Arbeitsweise intensiver gestalten. Dieser Verbilligung der Produktion auf Kosten der Arbeiter können letztere nur durch festen Zusammenschluß begegnen. Nur diesem ist es zu danken, wenn bisher die schlimmsten Schädigungen, die die geschilderte Entwicklung für eine unorganisierte Arbeiterschaft schon zur Folge gehabt haben würde, verhindert und abgewehrt werden konnten.

H. S.

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigrphen, Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker, Kupferstecher und -Drucker.

Aus den Sektionen.

Cöln (Chemigr.). Unsere Versammlung vom 13. März war gut besucht. Man behandelte die Überstundenfrage und verurteilte scharf das Verhalten eines Kollegen, der im vergangenen Jahre nicht weniger als 500 Überstunden schob. Wenn das nicht aufhört, soll mit den schärfsten statutarischen Mitteln dagegen vorgegangen werden, da doch jeder einzelne wissen muß, wie weit er gehen darf, ohne gegen den Tarif zu verstoßen. — Da sich die Preisunterbietung der Firmen, das Gewähren zu kurzer Lieferfristen bei den Gehilfen unliebsam bemerkbar macht, wurde erzwungen, ob man nicht das Tarifamt darauf aufmerksam machen solle. — Ferner wurde eine vernichtende Kritik geübt an den vier bekannten

Essener Kollegen, die durch ihr inkonsequentes Verhalten zum Protest herausforderten, umso mehr, weil sie alle bereits in Firmen arbeiteten, in denen eine Kontrolluhr nicht gestochen zu werden braucht, und anfänglich als die Ersten und Entschiedensten die anderen Kollegen zur Verweigerung der Kontrolluhr mitgerissen haben. Nun sind sie selbst zu Kreuze gekrochen und haben noch andere Kollegen dazu verleitet, was durch die Kölner Kollegen auf das Schärfste verurteilt wurde.

Photogr. Mitarbeiter.

Teil für die Interessen der Porträt-Photographen. Zentralarbeitsnachweis: W. Hänlein, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27, 1. — Telefon: Amt Norden, 5246.

Einseitige Bestrebungen in un- seren weiblichen Berufskreisen.

Auf der kürzlich in Berlin veranstalteten Ausstellung »Die Frau in Haus und Beruf«, die mit einem bürgerlichen Frauenkongreß eingeleitet wurde, waren auch zwei Ausstellungsräume mit Arbeiten weiblicher Lichtbildner zu sehen. Eine Mündnerin und einige Berliner Photographinnen hatten sich mit guten Durchschnittsarbeiten eingefunden. In dem zweiten Raume hatte die Photographische Lehranstalt des Lettehauses und einige Mitglieder des Klubs früherer SchülerInnen dieser Anstalt ausgestellt. Bei den letzteren war nicht zu sehen, ob ihre Arbeiten aus der Praxis oder ob es nur Liebhaberarbeiten waren. Die Arbeiten der Röntgenphotographie, mikroskopischen und metallurgischen Photographie waren aber in so mäßiger Weise vertreten, daß der Laie von ihrer vielseitigen Anwendung nichts erkennen konnte.

Wie die ganze Ausstellung, so war auch die Abteilung unseres Berufes eine Täuschung des Publikums. Von den schlechten Arbeitsräumen, geringen Löhnen und der Ausnutzung unserer Kolleginnen sah man nämlich nichts. Man hätte hier die in den Groß- und Zweigbetrieben in großer Anzahl tätigen Mädchen und Frauen zu Worte kommen lassen sollen, das Bild wäre sicher ein anderes geworden. Doch das Lettehaus und die anderen photographierenden Damen wollten auch nur Reklame machen, wie ja die ganze Ausstellung eine einzige große Reklame war.

Der »Verband für handwerksmäßige und fachgewerbliche Ausbildung der Frau in Berlin« hat sich mit anderen Organisationen an die Handwerkskammer Berlin gewandt mit dem Ersuchen, einen Vorbereitungskursus für Photographinnen einzurichten. Schon nach Ostern soll ein solcher stattfinden, jedenfalls wieder unter der Ägide der Lehranstalt des Lettehauses. In der betr. Notiz der »Photo. Industrie« wird noch darauf hingewiesen, daß nach dem 1. Oktober 1913 nur noch Photographinnen, die die Meisterprüfung abgelegt hätten, berechtigt wären, Personen anzulernen, die sich der Photographie als Erwerb bedienen. Das wird ebenso wenig eingehalten werden, wie heute bei den Photographen. Aber der Vorbereitungskursus soll von der Regierung subventioniert werden und auch Meisterkurse für Photographinnen sollen später folgen. Hierfür hat also die Regierung Mittel, aber für eine Arbeitslosenversicherung, die auch den Photographen-Gehilfen und Gehilfinnen zu Gute käme, nicht. Hier müssen solche Zustände vorkommen, wie sie nachstehende Notiz zeigt, die in Berliner Tageszeitungen erschien:

»Eine ungewöhnliche Verhaftung, bei der die Not eine Rolle gespielt zu haben scheint, erfolgte in Rixdorf. Abends erschien auf dem Polizeipräsidium die 32 Jahre alte Photographenfrau Anna Content aus der Wißmannstraße 7 und bat, sie und ihren Mann wegen Vergehens gegen das keimende Leben festzunehmen. Die Frau versicherte, daß sie im Einverständnis mit ihrem Manne gekommen sei. Er sitze nebenan in einer Schankwirtschaft und warte dort auf seine Festnahme. Beide bäten dringend um ihre Verhaftung, weil sie sich sonst das Leben nehmen würden. Content, ein Mann von 36 Jahren, wartete wirklich nebenan auf seine Verhaftung. Er ließ sich ruhig abführen und erklärte, es stimme alles, was seine Frau gesagt habe. Durch eine ärztliche Untersuchung soll noch bestimmt festgestellt werden, ob die Aussagen der Eheleute zutreffen. Es ist auch möglich, daß das Ehepaar sich angezeitigt hat, um vorläufig aus der Not herauszukommen. Die sehr ärmerlichen Verhältnisse, die man in der Behausung fand, legen den Schluß nahe. Ein wackeliger Tisch und Eierkisten als Bettstellen bilden die Hauptgegenstände der Einrichtung. Der Mann war auch schon längere Zeit ohne Beschäftigung. Das Paar wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt.«

Das ist die göttliche Weltordnung! Wir haben gewiß nichts gegen die Konkurrenz der Frauenarbeit. Wir wüßten aber doch besseres für unsern Beruf wie solche Kurse, die nur ganz Wenigen einen Vorteil bringen. Die meisten der in unserm Beruf tätigen Mädchen und Frauen haben davon nichts. Man möge diese einmal fragen, wie oft und wie lange sie manchmal arbeitslos sind, und gegen die hieraus resultierende Not Einrichtungen schaffen.



Feuilleton.

Der Menschheit Sehnsucht.

Ich möchte, eine lobende Flammenglut,
Mein Sehnen werfen in die dunklen Nächte,
Ich möchte brennend peitschen euer Blut,
Wenn dieser Brand euch die Erlösung brächte.

Erlösung! frei empor zu lichten Höhn!
Was steht ihr zagend in der Nächt' Dunkel?
Ihr zagt, ihr könnt das goldene Ziel nicht sehn
Und auf dem Weg gib't nicht viel Sterngefunkel.

Und doch, in eurer tiefsten Seele klingt
Wohl auch ein Lied von goldnen Freiheitstagen,
Nur, daß sein Laut nicht auf die Lippen dringt,
Denn eure Losung heißt: geduldig tragen!

Kommt nie der Tag, an dem ihr euch versteht,
Euch selbst, und all das tiefe, tiefe Sehnen?
Der Tag, an dem ihr aufrecht vorwärts geht,
Den Blick zur Sonne, ohne Not und Tränen?

Ihr Zagen, Müden, wachet auf, wachet auf!
Die ganze schöne Welt woll'n wir erringen.
Nichts hemmt der ew'gen Sonne Siegeslauf,
Ihr Strahl muß auch die tiefste Nacht durchdringen.

Ja, einmal steigt der Menschheit großer Tag.
Nun laßt uns kämpfen, daß es Wahrheit werde,
Trotz Not und Tod und was auch kommen mag:
Ein freies Menschtum auf freier Erde!

Clara Bohm-Schuch.

Vom Kunstwart und Dürerbund.

Der Kunstwart, der dasselbe auf dem weiten Gebiete der bildenden Künste leistet, was Reclam's »Universal-Bibliothek«, Meyers »Volksbücher«, Hensels »Bibliothek der Gesamtliteratur«, Max Hesses »Klassiker- und Volksausgaben« und andere billige Erscheinungen auf dem Gebiete der Literatur aller Zeiten und Völker bieten, verdient in den weitesten Volksschichten bekannt zu werden.

Die Veröffentlichungen des Kunstwarts und des Dürerbundes kann man am besten durch das Buch: »Kunstwart-Arbeit« kennen lernen, ein Buch mit 516 kleinen Illustrationen, das für 1 Mk. zu beziehen ist.

Die Kunstwart-Unternehmungen bestehen aus Bildern, Büchern und Noten. Uns interessieren hauptsächlich die Bilder in erster, und die Bücher in zweiter Linie; manchen Musikkenner in unserer Kollegenschaft dürften aber auch die Noten interessieren.

Die Kunstwart-Bilder und sonstigen Unternehmungen zerfallen in:

1. **Vorzugsdrucke**, Reproduktionen größter Meisterwerke bildender Künstler aller Länder in guten, photomechanischen Techniken, zum Preise von 75 Pfennigen bis 18 Mk. pro Bild.

2. **Meisterbilder für's Deutsche Haus**. Echte Meisterwerke der bildenden Kunst werden da für den billigen Preis von nur 25 Pfg. geboten. Jedes derartige Meisterbild kostet also nicht mehr wie ein gutes Glas Bier! In dieser herrlichen Sammlung, bei der auch jedes Blatt noch einen Umschlag mit

erklärendem Text (meist von Avenarius) hat, ist jetzt noch ein Fortschritt ohne Preiserhöhung zu verzeichnen; denn von Nr. 187 an sind die Bilder auf grauen Karton aufgezogen, wodurch die Wirkung ganz bedeutend erhöht wird. Bis jetzt sind schon weit über 200 solcher Meisterbilder erschienen, und alle Künstler des In- und Auslandes sind in dieser prächtigen und billigen Kunstsammlung vertreten, von Dürer und Holbein bis auf Schwind, Cornelius, Feuerbach und die Modernen. Besonders von Anselm Feuerbach sind als neueste Nummern der Meisterbilder auch Handzeichnungen erschienen, die jedem Verehrer dieses großen Künstlers willkommen sein werden. Zu Lebzeiten wurde man ihm, wie vielen großen Männern, nicht gerecht, was auch aus seiner Grabschrift hervorgeht, die er sich selbst geschrieben hat. Sie lautet:

»Hier ruht Anselm Feuerbach,
der im Leben manches malte,
fern vom Vaterlande, ach!
das ihn immer schlecht bezahlte.«

3. **Schriften über die Meisterbilder** von Paul Quensel, Franz Diederich — einem jeden bildungs- und kunstbegeisterten Genossen ein guter, alter Bekannter! — und Ludwig Praehauser; auch diese billigen Bücher sind bestens zu empfehlen.

4. **Künstler-Mappen** (mit Text versehen). Zum billigen Preise von 1,50 Mk. bis 12 Mk. (Liebhaberausgaben zu 20 Mk.) sind hier die bedeutendsten älteren und neueren Künstler vertreten.

5. **Kunstwart-Bücher**. Hausbuch deutscher Lyrik. Balladenbuch. Das fröhliche Buch. Artur Bonus: Rätsel, u. a. Schultze-Naumburg: Kulturarbeiten, eine prächtige Sammlung in 6 Bänden.

6. **Kunstwart-Jugend-Bilderbücher**. Billige und empfehlenswerte Ausgaben.

7. **Kunstwart-Noten**. Die Veröffentlichungen des Dürerbundes bestehen in nahezu hundert billigen Flugschriften zur **Ausdruckskultur**, im Preise von 10 Pfg. bis 75 Pfg. Ferner hat der Dürerbund die billige Sammlung »Der Schatzgräber« in seinen Verlag und Vertrieb genommen. Kunstwart und Dürerbund verdienen grade in der schönheitshungrigen Arbeiterschaft weiteste Beachtung. S.

Vom Büchertisch.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Jahresbericht über die Tätigkeit vom 1. Oktober 1910 bis 30. September 1911. Hauptstollkalk: Berlin C. 54, Grenadierstr. 37. 16 Seiten 8°.

Das Heft legt Zeugnis ab von der regen Bildungsarbeit, die von der Schule in der Berliner Arbeiterschaft geleistet wurde. Von unsern Kollegen gehören der Schule 13 Steindruck, 8 Lithographen, 7 Zeichner, 6 Chemigraphen, 5 Formstecher und 1 Kartograph an.

Sozialdemokratie und Kirchentum. Von Paul Kampffmeyer. (Süddeutsche Volksbücher, Heft Nr. 2.) Verlegt bei G. Birk & Co. m. b. H. in München. 54 Seiten 8°. Preis 40 Pfg.

Dem vor längerer Zeit erschienenen ersten Heft der Süddeutschen Volksbücher: »Weltanschauung und Sozialdemokratie« von Paul Kampffmeyer sind jetzt einige weitere Hefte gefolgt. In dem vorliegenden zweiten Heft behandelt derselbe Verfasser, der das erste schrieb, die Stellung der Sozialdemokratie zu den Staatskirchen. Er unterzieht dabei

die Herrschaftsgelüste der Klerisei einer einschneidenden, auf historischen Tatsachen beruhenden Kritik.

Das Elend der preußischen Verwaltung. Von Lothar Engelb. Schücking. (Süddeutsche Volksbücher, Heft Nr. 3.) Verlegt bei G. Birk & Co. m. b. H. in München. 64 Seiten 8°. Preis 40 Pfg.

In dem Buche geht der Berufenen einer, der gemäßigte ehemalige Bürgermeister von Husum, dessen Amtsentsetzung und Disziplinarverfolgung wegen fortschrittlicher Gesinnung seiner Zeit bedeutendes Aufsehen erregte, dem Elend der preußischen Verwaltung zu Leibe. Gründlich greift er das preußische Verwaltungssystem an, dessen Rückständigkeit auf dem Dreiklassenwahlrecht beruht und das schon durch den Titel des Buches ebenso drastisch wie umfassend gekennzeichnet wird.

Lazarus. Eine Jugendgeschichte. Von Ferdinand Hanusch. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignatz Brand & Co. »Vorwärts«, Wien V. 248 Seiten 8°. Preis 1,50 Mk., gebunden 2 Mk. oder in 15 Lieferungen à 10 Pfg.

Der Verfasser des Buches, der österreichische Reichsratsabgeordnete Ferdinand Hanusch, ist einer der besten Kenner des Arbeiterlebens. Er gehört zu denen, die nicht ihrer Klasse entwichen sind, die aber innerhalb ihrer Klasse aus tiefster Unterdrückung zu höchster Leistungsfähigkeit gelangten, die in der ersten Reihe der kämpfenden Arbeiter stehen, um dem Proletariat seine Befreiung zu erkämpfen. Kaum einer war so geeignet wie Ferdinand Hanusch, das Leben des Arbeiters, des gedrückten Textilarbeiters, zu schildern. In der Schilderung des Einzelschicksals spiegelt sich gleichzeitig das Leben der Klasse mit all der Not, der Bedrückung, mit all der Kraft, sich zu wehren, mit all dem Willen, als einzelner für die Gesamtheit zu streiten, mit dem kraftvollen Streben, die Gesamtheit zusammenzuschweißen, damit sie dem einzelnen aus Freiheit und Brot schaffe. Deshalb wird das Buch zur Erkenntnis der Klassenlage beitragen; deshalb sollte es auch in den Reihen der Unterdrückten und Enterteten viele kampfesfreudige, zum Klassenbewußtsein erwachende, das Elend überwindende Leser und Freunde finden.

Der Verband der Vereine für Volksgesundheit (Verband der Arbeiter-Gesundheitsvereine), seine Stellung zu den ihm verwandten Organisationen und seine Entstehung. Von Hermann Wolf. (Schriften für Volksgesundheit, Heft 4.) Verlag: Volksgesundheit, Dresden 19, Wartburgstr. 31 I. 48 Seiten 8° klein, Preis 20 Pfg.

Das flotteschriebene Propagandaschriften wird geeignet sein, das Verhältnis der Arbeiter zu den Naturheilvereinen des Bürgertums und der Arbeiterschaft zu klären und den Arbeiter-Gesundheitsvereinen neue Freunde zu werben.

Besteuerung des Einkommens aus Lohn- und Arbeitsverdienst nach dem preußischen Einkommensteuer-Gesetz. Fachmännisch bearbeitet. Verlag von Oppermann & Niehns, Hannover-Linden. 31 Seiten 8° klein. Preis 25 Pfg.

In der von sachverständiger Seite geschriebenen Broschüre ist ein vorzügliches Mittel gegeben, sich vor Steuerüberbürdung zu schützen und genaue Kenntnis des betr. Gesetzes sowie der dazu ergangenen Bestimmungen zu erlangen.

Chiffre-Inserate

finden im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr. Die Expedition.

Stellenangebote

Positiv-Retuscheur,

erstklassige Kraft, hauptsächlich für Maschinen-Retuschen, gesucht. Dauernde Stellung. Angebote mit Lohnansprüchen und Zeugnisabschriften an [240] A. Gässler & Co., G. m. b. H., München, Schellingstr. 41.

Positiv-Retuscheur

gesucht. Muster und Gehaltsansprüche zu adressieren an die [210] Graphische Kunstanstalt Müller, Siefert & Co., G. m. b. H., Mannheim.

Mehrere tüchtige Formstecher

für Messingarbeit suche ich bei dauernder Stellung durch den Arbeitsnachweis. [150] Aug. Saalfeld, Einbeck.

Mehrere tüchtige Messigstecher

sowie einige Holzstecher werden durch den Arbeitsnachw. gesucht. C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstraße 24, III

Zuverlässige Formstecher

für dauernde Stellung sucht im Nachweis [150] C. Osdmann, Hannover-Linden.

Stellengesuche

Farb-Ätzer, sicher, flott arbeitend, sucht sofort Stellung. Gefl. Offerten an W. Buck, Stuttgart, Schreiberstr. 29. [75]

Ia. Färbätzer,

Fertigmacher, mit allen Arbeiten vollkommen vertraut und an selbständiges pünktliches Arbeiten gewöhnt, sucht sich bis Mitte Mai zu verändern. Ia. Zeugnisse stehen zur Verfügung. Off. an [105] O. Jaeger, Stuttgart, Gutenbergstr. 4.

Farbenätzer - Fertigmacher sucht per 20. April event. früher Stellung. Gef. Off. erbeten an Georg Brocks, Leipzig-Lößnig, Zehmischstr. 911. [100]

Verschiedenes

Graphische Fachklassen

Buchdruck, Satz, Lithographie, Steindruck, Photomechanische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekt frei. Kunstgewerbeschule Barmen

Als erstes Spezialgeschäft fabriziert und liefert durch alle Fachgeschäfte im In- und Ausland

Wischwalzen - Schläuche ohne Naht

für Steindrucksdirektpressen

Edmund Behnisch, Luckenwalde (Deutschland).

Vertreter an allen größeren Plätzen — Ia. Zeugnisse —

Kl. Buchdruckerei-Einrichtungen

(fachmännisch sortiert) ALEXANDER GRUBE, LEIPZIG, Talstraße

Sind Sie schon mit den am 1. Januar in Kraft getretenen Änderungen der Reichsversicherungs-Ordnung vertraut? Wenn nicht, dann bestellen Sie heute noch beim Verlag L. Handorf, Kiel den [450]

Prakt. Ratgeber f. d. Invaliden- u. Hinterbliebenen-Versich. Verf. Landessekretär Krull. Pr. pr. Stk. nur 40 Pf. franco, geg. vorh. Einsendung in Briefmarken. Der Ratgeber enthält alles Wissenswerte gemeinverst. erläutert, sow. eine Rententabelle u. einen Anhang betr. die Krankenversicherung.

Fachliteratur.

Der Aluminiumdruck (Algraphie.) Von K. Weilandt. Preis inkl. Porto 85 Pf.

Der praktische Umdrucker. Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf. Zu beziehen durch: Conrad Müller, Schkeuditz.

„Matt-Lack“ Bester Farbenzusatz gegen Kleben, Hart-, Blankwerden und Aufreißen der Abdrücke, Rinnen d. Farbe. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,—.

„Harmalein“ Vorzüglicher weißer Trockenstoff in Paste, kein Herunterwischen der Farben mehr. Auch beim Chromo- und Buntdruck verwendbar, da jede Farbe gut abhebt. Kilo Mk. 3,50.

„Bronsol“ Gibt feststehende glatte Bronze, auch bei losen, ungeeigneten Papieren. Preis Kilo Mk. 4,—. Gegen Nachfrage. Kunden erhalten neuestes Tonschutzrezept gratis. F. Hantke, Hamburg 22, Wohldorferstr. 60. [300]

Verbandsnachrichten

Solingen!

Auskunftserteiler und Unterstützungs-

Auszahler:

August Arrenberg,

Müngstnerstraße Nr. 39.